

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

03. 2018
www.freiheit.org
2,90 EURO



INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

AUS DEM LOT?

**Mit Beiträgen von Alexander Graf Lambsdorff,
Michael Georg Link und Karl-Heinz Paqué**



Die DVAG-Finanzexperten sind für ihre Kunden da – in allen Geldfragen.

Profitieren Sie von über 40 Jahren Expertise

Wenn die Tage langsam wieder kürzer werden, nutzen das viele, um Projekte abzuschließen und liegen gebliebene Dinge zu sortieren. Das ist auch ein guter Anlass, um einen Blick auf die eigenen Finanzen zu werfen und zu prüfen, ob alles noch auf dem neuesten Stand ist.

Ein »Finanzcheck« ist wichtig, denn die persönlichen Lebensumstände sowie die finanziellen Ziele werden oft auch kurzfristig durch rechtliche oder private Veränderungen beeinflusst. Viele wissen nicht, wie früh man die private Vorsorge und Absicherung angehen sollte und worauf es dabei ankommt. Auch die Frage nach dem richtigen Versicherungsschutz stellt sich häufig. Sie ist nicht immer leicht zu beantworten, denn die richtige Absicherung hängt vom privaten und beruflichen Umfeld ab und ist manchmal erst auf den zweiten Blick zu überschaen.

Persönlicher Finanzcoach

In Finanzfragen ist daher ein kompetenter Ansprechpartner unverzichtbar. Bei der Deutschen Vermögensberatung steht den Kunden – egal ob es um Altersvorsorge, Geldanlage oder Finanzierung geht – ein persönlicher Berater zur Seite. Die DVAG-Experten wissen: »Jeder Mensch hat andere Wünsche. Es ist uns wichtig, unseren Kunden maßgeschneiderte Lösungen anzubieten, die eben genau auf diese spezifischen Bedürfnisse abgestimmt sind«. Deshalb wird zu Beginn der Beratung immer eine ausführliche Analyse der finanziellen Ziele, Wünsche und



Möglichkeiten des Kunden durchgeführt. Darauf aufbauend entwickeln die Vermögensberater langfristige Konzepte.

Ausgezeichnete Beratung

Für den hervorragenden Service und die exzellenten Karrierechancen wird das Unternehmen seit Jahren von unabhängigen Rating-Agenturen mit Bestnoten ausgezeichnet. Bereits seit mehr als vier Jahrzehnten sind die DVAG-Vermögensberater erster Ansprechpartner in allen finanziellen Fragen für ihre Kunden. Gegründet wurde das Familienunternehmen 1975 von Prof. Dr. Reinfried Pohl in Frankfurt am Main. Seit 2014 führt Andreas Pohl die Deutsche Vermögensberatung erfolgreich in zweiter Generation. Mittlerweile vertrauen der größten eigenständigen Finanzberatung Deutschlands rund sechs Millionen Menschen ihre Finanzen an. Sie werden bundesweit von über 3.400 Direktionen und Geschäftsstellen betreut.



**Deutsche
Vermögensberatung**
Vermögensaufbau für jeden!

Wer mehr über die DVAG erfahren möchte, findet Informationen unter www.dvag.de

Der Blick nach vorn

Schwerpunkt:
INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN

Think before printing“, prangt als (umwelt)politisch korrekter Hinweis unter vielen E-Mails. „Think before (re)acting“, würde man heute allzu gern den Handelnden und Mächtigen in Washington, Berlin, Moskau oder Peking zurufen. Die politische Welt scheint aus dem Lot zu sein. Alte Allianzen tragen nicht mehr, einstige Verbündete wenden sich ab, öffentliche Twitter-Feeds ersetzen die jahrzehntelange und lange Zeit erfolgreiche Kunst der Diplomatie. Die Weltpolitik – sie wirkt derzeit wie eine Farce.

Doch ein Abgesang auf die politische Tektonik, wie wir sie kennen und bis heute zu kennen glauben, kommt verfrüht. Panikmache sollten wir den Populisten überlassen. Das ist nicht die Sache der Liberalen. Bei allen berechtigten Sorgen um die Stabilität der internationalen Beziehungen ist der Sinn für die Realität und das Machbare noch immer vorhanden – auch im Weißen Haus. Das zeigt die wohl von niemandem mehr für möglich gehaltene Deeskalation im transatlantischen Handelsstreit. So fragil der aktuelle Strafzoll-Nichtangriffspakt zwischen den USA und Europa auch sein mag – konkret: nur den nächsten Tweet entfernt –, so positiv ist doch sein generelles Signal an die Weltgemeinschaft: Es lohnt sich immer noch, miteinander zu reden, dabei dennoch eine klare Position zu behalten. Gerade die USA und Europa verbindet mehr, als eine oder (notfalls) auch zwei Präsidentschaft(en) zerstören könnten.

Die internationale Ordnung oder aktuell eher Unordnung sowie vor allem deren Zukunft beschäftigt uns im Schwerpunkt dieser Ausgabe von *liberal*. Dabei wollen wir jedoch nicht nur die bekannten Krisenherde und die Verfassung Europas beleuchten, sondern auch Projekte zeigen, die Mut machen – sei es im vom Krieg gekennzeichneten Syrien oder im von Putin beherrschten Russland.

Und in Deutschland? Hatte der Schriftsteller Hans-Joachim Lehmann vor ein paar Wochen Besuch von den Berliner Strafverfolgungsbehörden und musste eine Hausdurchsuchung einschließlich Beschlagnahmung seiner Mobiltelefone und seines Computers erdulden. Der Grund für das harsche Auftreten der Justiz: Lehmanns Dossier über den zweifelhaften Lebenslauf eines Mitglieds der Landesregierung, das er an die Fraktionschefs im Abgeordnetenhaus geschickt hatte. Die betreffende Person nannte er „Plappermaul“. Das ist nicht gerade gentlemanlike. Aber ob das gleich eine Hausdurchsuchung rechtfertigt, darf bezweifelt werden. Wir sollten uns hüten, Personen, die auf der Suche nach unbequemen Wahrheiten sind, mit unangemessenen Repressalien zu verfolgen – und uns damit gemein zu machen mit den machtbesessenen Autokraten. Nun gilt es, ihnen unsere demokratische Freiheiten entgegenzusetzen.



KIRSTIN HÄRTIG,
CHEFREDAKTEURIN



SCHWERPUNKT

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Die Welt ist in Unordnung geraten. Die Supermächte USA, China und Russland sind dabei, die globale Landkarte ihrer Interessen neu zu vermessen. Den Westen alter Prägung scheint es in diesem tektonischen Dreiklang nicht mehr zu geben. Dazu kommt die zunehmende Eskalation im Nahen Osten. Und immer mehr drängen nationale Interessen die Globalisierung zurück. Abschottung statt freier Handel, heißt das Motto. In diesem Spannungsfeld hat Europa derzeit erkennbare Mühe, sich und seine Rolle zu definieren - zumal das transatlantische Bündnis unter US-Präsident Donald Trump unter Druck steht. Mit dem Vormarsch der Populisten ist die Demokratie auf dem Alten Kontinent in eine Krise gerutscht. Zeit, dass *liberal* einen mutigen Blick nach vorn wirft und liberalen Stimmen Gehör verschafft.

ab Seite **8**

10 LÖSUNGEN FINDEN

Was in Europa jetzt getan werden muss, erläutert FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff. [Interview von Kirstin Härtig](#)

16 HANDEL IM WANDEL

Immer mehr Länder schotten ihre Märkte ab. Wie eine Reform den Freihandel retten kann. [Von Karl-Heinz Paqué](#)

22 ERASMUS-JUBILÄUM

Das älteste Bildungsprogramm der EU ist 30 geworden. Der Studentenaustausch hat für die europäische Völkerverständigung mehr getan als viele andere Initiativen. [Ein Bilderbogen](#)

28 MEDIALER FRÜHLING

Das Terrorregime der Assad-Regierung beschert Syrien eine robuste Presselandschaft. [Von Dirk Kunze und Yara Asmar](#)

32 POLITISCHES GEFÄLLE

Eine Grafik zeigt: Rechtspopulistische Parteien sind mittlerweile in nahezu ganz Europa vertreten. [Der geografische Überblick](#)

34 PUTINS MACHTSPIELE

Mit seiner Energiepolitik versucht Russland, die EU zu destabilisieren. Deutschland droht, sich dabei vor den Karren spannen zu lassen. [Von Michael Georg Link](#)

3 Editorial // 6 Kurz notiert //
60 Wolfgang Gerhardt // 62 Bücher

ARENA

40 POLITIK: AUF DEM IRRWEG

Warum Buchautor Deneen mit seiner Liberalismus-These daneben liegt.
Von Karl-Heinz Paqué

42 POLITIK: DENKER MIT VISIONEN

Warum Ralf Dahrendorfs Thesen auch heute noch aktuell sind.
Von Thomas Volkmann

46 WIRTSCHAFT: SOLIDE WURZELN

Warum viele Topmanager aus einfachen Verhältnissen kommen.
Von Bettina Weiguny und Georg Meck

50 WIRTSCHAFT: EINE KOPFSACHE

Warum der Klimawandel zur Herausforderung wird.
Von Lukas Köhler

52 GESELLSCHAFT: SPENDE TO GO

Mit einem einfachen Konzept hilft eine Initiative im Ruhrgebiet Bedürftigen.
Von Stefan Kreitewolf

54 GESELLSCHAFT: KUNST GEGEN PUTIN

Eine Kunstausstellung in Moskau thematisiert die Missstände in Russland.
Von Christoph Giesa

56 POLITIK: IN DER PFLICHT

In Deutschland wird die Idee einer allgemeinen Dienstpflicht diskutiert.
Von Thomas Luther

INHALT

03.2018



Seite 10

„Das Vertrauen in Handlungsfähigkeit des Staates und Rechtsstaatlichkeit ist ganz wichtig. Auf Misstrauen kochen populistische Parteien ihr Süsschen.“

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF,
Mitglied des Bundestages und außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

42



54



56



Bilder, Videos oder Texte als Audiodatei – den Lesern der App-Version von *liberal* steht zusätzlich multimediales Material zur Verfügung. Achten Sie auf das Symbol am Ende des Artikels, das diesen zusätzlichen Inhalt anzeigt. Die App in einer iPad- und Android-Version steht im iTunes Store und im Google Play Store kostenlos für Sie zum Download bereit.

liberal • Das Magazin für die Freiheit

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Chefredaktion: Kirstin Härtig

Redaktion: Anders Mertzluft, Thomas Volkmann, Annett Witte
Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de, www.libmag.de
Gesamtherstellung: planet c GmbH Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion)

Projektleitung: David Schattke

Anzeigen: Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/542 27-671, media@planetc.co

Litho: TiMe GmbH

Druck: Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: mehr auf Seite 63

Liberaler machen sich für Klimaschutz stark

Exekutivkomitee von Liberal International beschließt bei seinem Treffen in Berlin ständiges Climate Justice Committee.

Vom 22. bis 24. Juni fand in Berlin der 200. Kongress des Executive Committee von Liberal International statt. Thema der Tagung: „Delivering Climate Justice - Liberal Responses to the Paris Agreement“. Rund 150 Delegierte von über 60 liberalen Parteien aus aller Welt kamen zusammen, um Fragen der politischen Reaktion auf den Klimawandel aus liberaler Perspektive zu diskutieren. Die Tagung mündete in der „Berlin Declaration of Climate Justice“ (siehe auch Seite 50) und der Einsetzung des „Climate Justice Committee“ - eines ständigen Ausschusses der Liberalen Weltunion. www.liberal-international.org



FDP-Vorsitzender Christian Lindner, LI-Präsident Dr. Juli Minoves und LI-Vizepräsident Prof. Karl-Heinz Paqué bei der Eröffnung (v. l. n. r.)

Hoffnungsvolle Personalie

Aus Nordafrika kommen derzeit selten hoffnungsvolle Nachrichten. Umso bemerkenswerter ist diese: Vor wenigen Wochen wurde Souad Abderrahim zur ersten Bürgermeisterin von Tunis gewählt. Nicht nur ihre Wahl als Frau ist ein Statement. Die Kommunalwahlen vom 6. Mai waren die ersten freien in Tunesiens Geschichte überhaupt. Bis dato ernannte Tunesiens Innenminister eigenmächtig die Bürgermeister. Das neue Kommunalwahlrecht vollendet die Revolution im Rahmen des „Arabischen Frühlings“.



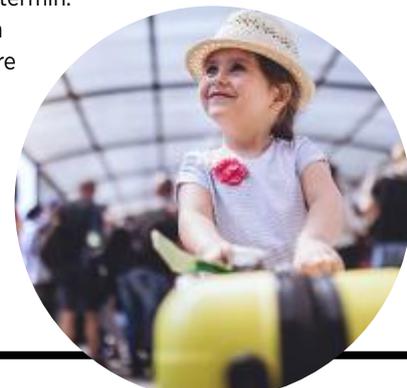
Souad Abderrahim, 54, bei ihrer Wahl im Stadtrat von Tunis zur Bürgermeisterin am 3. Juli 2018.

Eltern wollen Ferien bestimmen

Wenn die Schulferien in mehreren Bundesländern gleichzeitig anfangen, führt das oft zu langen Staus auf Autobahnen und Stress in Familien. Die Hälfte aller Mütter und Väter wäre daher dafür, dass sie bei den Ferienterminen ihrer schulpflichtigen Kinder mitbestimmen könnten. Das ergibt eine aktuelle Umfrage, die die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vom Meinungsforschungsinstitut YouGov im August durchführen ließ. Demzufolge hätte die annähernde Mehrheit der Befragten gern Einfluss auf Beginn und Ende längerer Schulferien, etwa zum Sommertermin.

73 Prozent der befragten Eltern erhoffen sich davon eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 64 Prozent einen günstigeren Urlaub und 44 Prozent weniger Stau bei der Anreise. 59 Prozent würden ein flexibles Ferienmodell bevorzugen. Mehr unter:

www.freiheit.org

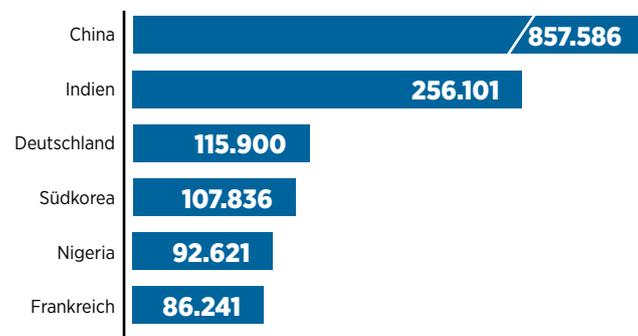


Studenten bleiben zu Hause

Politiker und Wissenschaftler hatten angesichts der Globalisierung in allen Lebensbereichen vor Jahren ein klares Ziel ausgegeben: Jeder zweite deutsche Studierende sollte im Laufe seiner akademischen Ausbildung Auslandserfahrung sammeln. Davon ist die „Bildungsrepublik Deutschland“ weit entfernt. Nur gut jeder dritte deutsche Student in höheren Semestern verbringt ein oder mehrere Halbjahre im Ausland. Nach dem jetzt veröffentlichten Datenreport „Wissenschaft weltweit 2018“ vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) waren 2015 knapp 116.000 Deutsche an einer Hochschule im Ausland eingeschrieben. Mobiler sind Studierende aus anderen Staaten: Die Zahl ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen ist 2017 um fünf Prozent auf 359.000 gestiegen. „Das 2017 von Bund und Ländern gesteckte Ziel, 350.000 ausländische Studierende in Deutschland bis zum Jahr 2020 zu erreichen, wurde bereits 2017 übertroffen“, melden DZHW und DAAD. Eine „Erfolgsgeschichte“ ist nach den Worten von Monika Jungbauer-Gans, Wissenschaftliche Direktorin des DZHW, das Anwerben ausländischer Wissenschaftler: Innerhalb von zehn Jahren hätte sich deren Zahl nahezu verdoppelt, auf 46.000 im Jahr 2016. Dazu kommen weitere 10.600 ausländische Wissenschaftler, die bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie etwa der Max-Planck-Gesellschaft arbeiten. Im Gegensatz dazu verhalten sich deutsche Wissenschaftler nach Recherchen von DAAD und DZHW eher heimattreu. Wenn überhaupt, verbringen sie nur wenige Monate für einen universitären Gastaufenthalt.

Luft nach oben

Zahl der im Ausland Studierenden nach Herkunftsländern 2015



Quelle: DAAD, DZHW

TERMINVORSCHAU

[25.09.2018 • Butjadingen](#)

Soziale Netzwerke und die Moral: Invention of Trust

Alexander Schaad greift in seinem Social-Media-Thriller „Invention of Trust“ ein scheinbar banales Alltagsthema auf: die Nutzung sozialer Medien durch Kriminelle. Eigentlich als Übungsfilm gedacht, wurde seine Arbeit von den Kritikern gefeiert und mit dem Student Academy Award der Academy of Motion Picture Arts and Sciences ausgezeichnet. Nach der Vorführung des Films besteht die Möglichkeit, mit dem Regisseur ins Gespräch zu kommen.

[27.09.2018 • Wuppertal](#)

Mobilität der Zukunft: Wege aus dem Verkehrskollaps

Städte werden zum Arbeiten und Wohnen immer attraktiver. Die Folge: Immer mehr Menschen strömen in die Metropolen und bescheren diesen einen regelrechten Verkehrskollaps. Gefragt sind jetzt vor allem innovative und kreative Konzepte vonseiten der Politik. Die Veranstaltung ist Teil einer Reihe zur Mobilität der Zukunft in NRW an den Beispielen Bielefeld, Bonn und Wuppertal.

[18.10.2018 • Stuttgart](#)

„Taxes driver“ – Zollregime versus offene Märkte

Die EU verfolgt eine ambitionierte Agenda, um den freien und regelbasierten Handel auszubauen. Doch gerade mit dem Partner USA liegen seit der Wahl Donald Trumps die Gespräche auf Eis. Seine protektionistische Politik führt zu einer weltweiten Verunsicherung. Experten diskutieren mit dem Publikum Auswirkungen der aktuellen Handelspolitik auf den Standort Deutschland, insbesondere auf Baden-Württemberg, und wie die drohende Spirale aus Handelsbarrieren und Abschottung vermieden werden kann.

[24.10.2018 • Kiel](#)

Über das Strafen – Recht und Sicherheit in der demokratischen Gesellschaft – Kieler Rechtsgespräche

Die ehemalige Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und der bekannte Jurist und ehemalige Vorsitzende Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, Prof. Dr. Thomas Fischer, gehen der Frage nach: „Was ist eine gerechte Strafe?“ Dabei diskutieren sie, was unsere Gesellschaft zusammenhält: ein selbst gegebenes Regelwerk, unser Rechtssystem, das von vielen Bedingungen abhängt und in ständiger Bewegung ist. Vor allem das Strafrecht steht hierbei im Fokus, denn es ist ein Ort, an dem grundlegende Fragen des gesellschaftlichen Lebens, der Freiheitsspielräume und der Verantwortung behandelt werden.

[1.11.2018 • Frankfurt am Main](#)

„Bye-bye Britannia?“ – Den Brexit begreifen

Mehr als zwei Jahre nachdem die Briten für den Austritt aus der EU gestimmt haben, sind die Pläne der Londoner Regierung in Sachen Brexit nach wie vor höchst umstritten. Unklar ist bisher, wie sich Großbritannien künftig die Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn, insbesondere in puncto Handel und Wirtschaft, vorstellt. Doch auch die EU-Staaten scheinen uneins, wie sehr man in den Verhandlungen auf die Forderungen der Briten eingehen sollte. Mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien wollen wir die aktuellen Entwicklungen zum Brexit analysieren und mögliche Austrittsszenarien darstellen.



Wo ist eigentlich die integrative Kraft der europäischen Idee hingekommen, die die Gründerväter der Union als Vision vor Augen hatten? Diese Frage stellt man sich unweigerlich beim Betrachten des Fotos, auf dem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein sowjetischer Amtskollege Eduard Schewardnadse zu sehen sind. Das Bild entstand 1991 anlässlich eines privaten Besuchs der beiden in Halle, der Geburtsstadt von Genscher. Als 1985 der damalige Generalsekretär der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, seine Glasnost-Politik gegen den Parteiapparat durchsetzte, begann er gleichzeitig zusammen mit seinem Außenminister die Öffnung gegenüber dem Westen – allen voran dem vereinten Europa – voranzutreiben. Schewardnadse und Genscher waren in der Folge über die Jahre hinweg nicht nur politisch, sondern auch persönlich verbunden. Daher galten sie als potenzielle Architekten eines gemeinsamen Hauses in Europa. Die deutsche Wiedervereinigung erschien nur als eine Etappe auf dem Weg dorthin.

Doch die Idee und ihre Protagonisten sind irgendwann vom Weg abgekommen. Mehr noch: Die Welt ist mit dem Siegeszug der Populisten politisch in Unordnung geraten. Warum – darauf hat auch Alexander Graf Lambsdorff, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag, keine Antwort. Er sorgt sich im Interview darum, dass dem „alten“ Westen die Führungsmacht abhandengekommen ist, und macht Vorschläge, wie dieses Vakuum zu füllen ist (ab Seite 10). Mit Glasnost und der Hoffnung auf eine liberale, demokratische Gesellschaft ist es nicht mehr weit her im Russland von heute. Präsident Wladimir Putin hat die ausgestreckte Hand der EU, die ihm zahlreiche Angebote zum Abschluss weit reichender Partnerschaftsabkommen gemacht hat, nicht angenommen, bedauert Michael Georg Link, europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, in seinem Essay (ab Seite 34). Dass politische Einheit nicht ohne einen freien (Welt-)Handel möglich ist – auf diesen Gedanken stellt Karl-Heinz Paqué ab. Er macht sich in seinem Artikel für eine umfassende Zone des transatlantischen Freihandels und eine grundlegende Reform der Welthandelsorganisation (WTO) stark, um China etwas entgegenzusetzen (ab Seite 16). Dass die Unterdrückung von Bürgerrechten und die Repressalien durch ein illiberales Regime auch positive Effekte haben können, zeigt der Bericht von Dirk Kunze und Yara Asma aus Syrien. Das Terrorregime des Assad-Clans hat die journalistische Szene in dem Land so lebendig wie nie gemacht (ab Seite 28). Ein Grund zur Hoffnung in dieser unsicheren Zeit.

Foto: dpa/Bildarchiv





Schwerpunkt:
INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN

AUF DER SUCHE NACH ORIENTIERUNG

„GUTE IDEEN SIND JETZT GEFRAGT“

INTERVIEW VON KIRSTIN HÄRTIG

Alexander Graf Lambsdorff spricht in *liberal* darüber, wie der Brexit doch noch verhindert werden könnte, was die drängendsten Probleme in Europa sind und über eine Strategie, wie mit Trump umzugehen ist.

Alexander Graf Lambsdorff, Sie haben nach eigenen Worten das beschauliche „Bonn im Herzen, die Welt im Blick“. Mit welchen Gefühlen betrachten Sie das politische Geschehen auf der globalen Bühne von Bonn aus?

Alexander Graf Lambsdorff: Die Bundesstadt Bonn ist in den vergangenen Jahren zum deutschen Nord-Süd-Zentrum ausgebaut worden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist hier, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Bonn ist der deutsche Sitz der Vereinten Nationen. Deshalb sind viele wichtige Nicht-Regierungsorganisationen hier vertreten. Von daher ist der Bonner Blick ein Nord-Süd-Blick, der in Zeiten der Massenmigration und Fluchtursachenbekämpfung sehr wichtig ist.

Und wie sieht es von Berlin aus, wo Sie jetzt im Bundestag wirken?

Wenn wir den Fokus gesamtdeutsch aufziehen, sehen wir, dass die Welt um uns herum sich in den vergangenen 20 bis

Alexander Graf Lambsdorff ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten, deren außenpolitischer Sprecher er ist. Zuvor war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Bereits seit 2001 gehört er dem Bundesvorstand der FDP an. Er ist Kurator der Friedrich-Naumann-Stiftung.



Wenn wir den Blick gen Westen richten, haben wir mit dem Brexit einen Triumph der Populisten und im Weißen Haus einen triumphierenden Populisten sitzen.

25 Jahren dramatisch verändert hat. Das Russland, mit dem Kohl und Genscher das gemeinsame Haus Europa bauen wollten, ist nicht mehr da. Stattdessen haben wir ein autoritäres, nach außen aggressiv auftretendes Russland. Mit der Annexion der Krim haben wir einen direkten Angriff auf die Friedensordnung in Europa. Wir haben in der Türkei ein Land, in dem nach der letzten Wahl der Übergang zur Diktatur beschleunigt weitergeht. Und wir haben im Süden aus dem Arabischen Frühling heraus eigentlich nur noch Tunesien als Hoffnungsschimmer. Mit anderen Worten: Die Lage ist sehr, sehr schwierig. Und wenn man dann noch nach Krisenszenarien sucht, muss man leider auch den Blick gen Westen richten, wo wir mit dem Brexit einen Triumph der Populisten und im Weißen Haus einen triumphierenden Populisten sitzen haben.

Beobachten Sie in dieser Situation jetzt eine Art von Aufwachen?

Ja und nein. Medial findet Außenpolitik zweifellos mehr Interesse. Aber institutionell sind wir in den 1960er- und 70er-Jahren verhaftet. Es gibt ein Silo-Denken in den verschiedenen Ministerien, aber keine breite Debatte darüber, mit welcher Strategie Deutschland sich in dieser neuen Welt behaupten kann. Wir müssen das überwinden und brauchen in dieser Hinsicht neue Ideen. Wie behauptet sich Deutschland? Wie schützen wir unsere Interessen? Was können wir für unsere Werte tun? Diese Fragen müssen beantwortet werden, und ich merke, dass die Menschen im Land das auch so sehen. Es gibt in allen Veranstaltungen ein starkes Bedürfnis nach Einordnung und Erklärung. Im Berliner Politikbetrieb ist das anders, da ist die Pfadabhängigkeit so stark, dass ein Umsteuern nicht erkennbar, von vielen auch nicht gewollt ist.

Ist es derzeit mehr Traum oder Albtraum, Außenpolitiker zu sein in einer Welt, in der alte Bündnisse und alte Weggefährten über Nacht 180-Grad-Kehrtwenden vollziehen?

Freude bereitet die Tatsache, dass das Thema Internationale Politik mehr Interesse bekommt. Für diejenigen, die sich so wie ich beruf-

lich damit befassen, war es immer wieder frustrierend zu sehen, dass internationale Politik im Zweifel immer hinter Fragen der Sozial- oder Wirtschaftspolitik einsortiert wurde - weil viele einfach nicht verstanden haben, wie wichtig das internationale Umfeld dafür ist, dass wir sozialen Frieden und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft haben. Das ändert sich gerade in der Öffentlichkeit, das ist gut. Jetzt muss die Politik dem auch gerecht werden. Daran arbeite ich. Frust bereitet dagegen die Entwicklung im Westen. Der Brexit ist ein Schlag ins Kontor. Großbritannien ist das Mutterland des Liberalismus, und das verlässt jetzt die Europäische Union. Frust ist natürlich auch, dass im Weißen Haus zurzeit eine Politik gemacht wird, bei der man nicht sicher sein kann, ob sie nicht wirklich schwerste Schäden im regelbasierten System haben wird, das wir nach dem Zweiten Weltkrieg unter Führung und einer enormen Garantieleistung der USA für dieses System errichtet haben. An der Stelle muss ich sagen: Es ist schon beunruhigend.

Den Westen alter Schule gibt es in der Form nicht mehr?

Doch. Es gibt ihn noch. Der Westen ist keine geografische Kategorie, sondern der Westen ist die offene, liberale Gesellschaft, Rechtsstaatlichkeit, die Eigentumsgarantie, Toleranz, Marktwirtschaft und offene Debatten, strittige Diskurse, respektvolles Ringen um die →



Ich will hoffen, dass die EU in zehn Jahren nicht die ist, die wir heute kennen – sondern eine bessere. Dabei wird es auf das deutsch-französische Verhältnis ankommen.

besten Ideen und Lösungen. Das ist in meinen Augen das, was den Westen ausmacht. Und auch, wenn seine Führungsmacht auf Abwegen ist, dürfen wir nicht vergessen, dass den Westen auch eine institutionelle Stabilität auszeichnet, die berühmten „checks and balances“ der amerikanischen Verfassung. Niemand kann die Macht allein an sich reißen. Von daher halte ich es auch mit Blick auf Amerika für zu früh, den Westen abzuschreiben.

Sie kennen die Europäische Union aus Ihrer Zeit im EU-Parlament aus dem Effe. Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass die EU, wie wir sie heute kennen, in zehn Jahren noch existiert?

Ich will hoffen, dass die EU in zehn Jahren nicht die ist, die wir heute kennen – sondern eine bessere. Es wird dabei ganz zentral auf das deutsch-französische Verhältnis ankommen. Das reale Gewicht der beiden Länder in der EU ist hoch. Deutschland ist die mit Abstand größte Volkswirtschaft der Union und Frankreich das einzige ständige Mitglied des Sicherheitsrats mit nuklearer Bewaffnung, das wir in der Europäischen Union haben. Die beiden Führungsmächte müssen sich zusammenraufen. Deutschland und Frankreich machen einfach so viel aus in der Europäischen Union. Eine Einigung zwischen beiden

allein reicht allerdings nicht aus. Wir brauchen auch die anderen Großen in der EU: Italien, Polen und Spanien. Aber in Italien und Polen gibt es Probleme mit der inneren Verfassung dieser Länder und auch Grund zur Sorge.

Die Liberalen in Großbritannien haben noch Hoffnung, dass sich die Bürger in einem neuen Referendum anders entscheiden, als sie es vor zwei Jahren getan haben. Teilen Sie diese Stimmung?

Wir unterstützen als Freie Demokraten die Forderung unserer Schwesterpartei, die sagt: Vote on the facts. Man solle eine

Abstimmung über die Tatsachen machen und nicht über die Lügen, falschen Behauptungen und Luftschlösser der Brexit-Befürworter im ersten Referendum. Ich glaube, immer mehr Menschen in Großbritannien verstehen, dass das tatsächlich eine Lügenkampagne war. Die berühmten 350 Millionen Pfund, die jede Woche ins nationale Gesundheitssystem überwiesen werden könnten, haben sich ja schon einen Tag nach der Abstimmung als plumpe Lüge erwiesen. Insofern ist es fair, was die Liberal-Demokraten in Großbritannien vorgeschlagen haben: ein Referendum mit verschiedenen Optionen. Eine könnte die Möglichkeit sein, in der EU zu bleiben, man kann einen konkreten Ausstiegs-Deal zur Abstimmung stellen oder einen No-Deal-Exit. Vielen Menschen in Großbritannien ist ja seit dem Referendum sehr bewusst geworden, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union einen hohen Wert und ein Austritt ohne Deal katastrophale Folgen hat.

Wenn Sie eine Rangfolge der, sagen wir mal, ein, zwei, drei größten Probleme, die Europa und speziell die EU gerade beschäftigen, erstellen müssten – wie sähe die aus?

Das größte einzelne Problem ist sicherlich, dass wir nicht schlauer sind als unsere Vorfahren vor 100 Jahren. Dass wir glauben, das Wiederauftauchen alter europäischer Gespenster wie Nationalismus, autoritärer Versuchungen und des Protektionismus sei neu oder harmlos. Diese drei Elemente ergeben zusammen das, was wir umgangssprachlich Populismus nennen. In meinen Augen ist das das Gefährlichste: Dass Demokraten nicht verstehen, dass wir eine Entwicklung haben wie vor 100 Jahren und daraus auch nicht die richtigen Schlussfolgerungen ziehen für notwendige Problemlösungen.

Wie sollten diese Lösungen Ihrer Meinung nach aussehen?

Die eine ist eine rechtsstaatliche Herangehensweise in der Frage der Migration, mit einem Zuwanderungsgesetz, mit einer klaren Unterscheidung zwischen Flucht, Asyl und Migration. Mit einem auch

klaren Vollzug von Ausweisungen, wenn es keinerlei Chancen auf Verbleib gibt. Das Vertrauen in Handlungsfähigkeit und an Rechtsstaatlichkeit ist ganz wichtig. Denn auf dem Misstrauen kochen ja viele dieser populistischen Parteien ihr Süppchen. Das Zweite ist, die gesamte Sicherheitsarchitektur in der Europäischen Union drastisch zu stärken. Das heißt ganz konkret, eine Stärkung von Frontex über die 10.000 Mann hinaus, die jetzt avisiert worden sind. Und die Ermächtigung an Frontex, auch eigenständig zu handeln. Dazu gehört auch der Ausbau von Europol zu einer Art europäischem Bundeskriminalamt, um in der Terrorbekämpfung voranzukommen. Dann ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, und tatsächlich muss auch die Frage der Wirtschafts- und Währungsunion gestellt werden. Es muss auf der nationalen Ebene eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben werden, um neue Dynamik zu entfachen. Das gilt gerade für die Länder mit hoher Arbeitslosigkeit. Diskussionen über ein Eurozonen-Budget verdecken nur das zugrunde liegende Problem mangelnder Strukturformen wie etwa in Italien.

Können Sie erklären, warum die EU-Mitglieder im Osten des Kontinents derzeit so bocken und so blocken? Was ist da schiefgelaufen, wenn man sich die Euphorie, die in den frühen Neunzigern da war nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs, anschaut? Wo ist die hin?

Wir dürfen nicht alle Länder im Osten über einen Kamm scheren. Die baltischen Staaten - Estland, Lettland, Litauen - beispielsweise sind sehr liberal. Da gibt es keine Probleme etwa beim Thema Migration. Das sieht in Polen, in der Slowakei und in Ungarn, teilweise auch in Tschechien leider anders aus. Aber vergessen wir nicht: In Westeuropa haben wir seit Jahrzehnten Zuwanderung. Wir haben gelernt, dass Integration anstrengend ist, aber auch enorm gewinnbringend, wenn sie gelingt. Das war für Länder hinter dem Eisernen Vorhang überhaupt nicht der Fall. Dort gab es über 40 Jahre Ein- und Ausreiseverbote und eine homogene Gesellschaft. Wir überfordern diese Länder, wenn wir versuchen, an sie dieselben Maßstäbe anzulegen, die man an Rotterdam, Köln oder Bordeaux anlegt. Das kann man mit Bratislava, Krakau oder Győr nicht machen.

Wie sollte sich Deutschland, das ja sehr viele Flüchtlinge aufgenommen hat und noch aufnimmt, in dieser Situation verhalten?

Ich warne davor, als Deutsche mit erhobenem Zeigefinger durch die Gegend zu laufen und zu behaupten, wir seien wegen unserer Flüchtlingspolitik moralisch überlegen und die wahren Europäer. Wenn wir ganz ehrlich sind, tun sich die östlichen Bundesländer doch auch schwerer mit dem Thema Zuwanderung und Integration als die westlichen. Und Deutschland hat die Griechen und Italiener über Jahre hängen lassen, weil wir uns einer Reform des Dublin-Systems verweigert haben. Denken Sie an Lampedusa, wo Hunderte von Menschen ums Leben gekommen sind und Leute wie der

damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich bräsig erklärt haben: Damit müssen die Italiener eben allein zurechtkommen. Als Zweites müssen wir eine geduldige Politik machen. Wir können nicht erwarten, dass die osteuropäischen Länder auf einen Schlag so ticken wie wir, und müssen eben auch andere Modelle europäischer Solidarität denken - zum Beispiel ein stärkeres Engagement bei der Sicherung der Außengrenzen.



Ich warne davor zu behaupten, wir Deutsche seien wegen unserer Flüchtlingspolitik moralisch überlegen und die wahren Europäer. Auch wir tun uns schwer damit.

Absenken des Zeigefingers und mehr Verständnis für die Hintergründe der Entwicklung heißt, dass Rechtsverstöße wie in Ungarn oder Polen hinzunehmen sind?

Absolut nicht. Da haben wir Liberale aus dem Europäischen Parlament heraus das sogenannte Rechtsstaatsverfahren etabliert. Damit kann man deutlich machen, dass von allen EU-Ländern erwartet wird, sich an die Werte der EU-Verträge zu halten, die sie ja immerhin selbst unterschrieben haben. →

Sie haben in den USA gelebt, dort mehrere Jahre studiert und gearbeitet. Was erleben wir dort derzeit: die Amtszeit eines Narzissten, eines Spielers, der den Immobilienmarkt mit Politik verwechselt, aber mit seinen Methoden bisweilen Erfolg hat?

Ich bin kein Freund der Pathologisierung des amerikanischen Präsidenten. Das hilft uns nicht weiter, sondern nur analytische Präzision: Was will er eigentlich erreichen? Was tut er? Wie müssen wir die Maßnahmen bewerten? Gibt es dahinter eine größere Strategie? Der Konsens bei den Beobachtern in Washington: Es gibt sie nicht. Mit einer Ausnahme, und diese Ausnahme lautet: Was er im Wahlkampf versprochen hat, setzt er auch um. Ohne Rücksicht auf Ver-

stehen - etwa bei der Frage der Verteidigungsausgaben. Schon Bill Clinton und Barack Obama haben angemahnt, dass Europa hier mehr tun muss, sie haben es einfach freundlicher getan - mit dem Ergebnis, dass in Europa niemand reagiert hat.

Ist Trump also ein Betriebsunfall der Geschichte?

Nein, ich glaube das nicht. Er ist Ausdruck einer Frustration, eines Vertrauensverlustes gegenüber den Institutionen und Prozessen westlicher Demokratien. Er ist ja nicht der einzige Populist, der zurzeit Erfolg hat. Das kann man in Frankreich beobachten, in Italien, in Österreich, leider auch hier bei uns. Deswegen ist der Wahlsieg von Trump ein Aufruf an diejenigen, die an der parlamentarischen Demokratie hängen, sich zu fragen: Wie stellt man verloren gegangenes Vertrauen wieder her? Wie schafft man es, dass die Menschen sich nicht solchen Nationalisten zuwenden? Ich glaube, ein entscheidender Faktor ist, dass die demokratischen Systeme in den letzten Jahrzehnten überkomplex geworden sind und dass deswegen in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger einfach nichts „passiert“. Das geht auf der kommunalen Ebene los mit einzelnen Bauprojekten und zieht sich hoch auf die nationale Ebene. Wie oft wurde im Bundestag über eine Steuerreform geredet - und wie wenig ist dabei herausgekommen? Ich glaube, die Menschen akzeptieren eher, dass nach einer Kontroverse auch mal was umgesetzt wird, als dass ständig vertagt, verschoben und weiter debattiert wird.

Gibt es eine Strategie von Deutschland und Europa auf „America first“?

Für mich gibt es die. Sie fußt auf zwei Elementen. Das eine ist: Dialog, Dialog, Dialog, Dialog - mit allen Amerikanern. Wir haben in der FDP dazu ein 10-Punkte-Papier entwickelt. Wir müssen raus aus der reinen Wahrnehmung der Küsten-Eliten und rein ins flache Land. Wir haben vorgeschlagen, dass Deutschland ein Konsulat im Mittleren Westen aufmacht, damit wir auch das andere Amerika verstehen, nicht nur das liberale Ostküsten- und Westküsten-Establishment. Diesen Dialog zu verbreitern, zu vertiefen, auch für die Zeit nach Trump, ist ganz wichtig. Das Zweite ist: „America first“ heißt ja „international cooperation second“. Dadurch gerät das regelbasierte System, das gerade für Deutschland so wichtig ist, in Gefahr. Daher sollte Deutschland eine Gruppe von Ländern zusammensuchen, die ein ähnlich großes Interesse daran haben, dass dieses regelbasierte System und Multilateralismus nicht geschwächt und Kooperationsformate entwickelt werden. Ich denke da an Länder wie Kanada, Japan, Australien oder Brasilien.

Sie haben in Ihren jüngsten Debattenbeiträgen und Interviews durchblicken lassen, dass Sie etwas mehr Ehrlichkeit aus Sicht Deutschlands nicht fehl am Platze fänden, weil auch wir Fehler gemacht haben - etwa mit Verweis auf das Chlorhühnchen das Handelsabkommen mit den USA unter einem anderen Präsidenten-



Deutschland sollte sich mit Ländern wie etwa Kanada zusammenschließen, die ein ähnlich großes Interesse an Kooperationen und einem starken Multilateralismus haben.

luste. Ohne Rücksicht auf internationale Organisationen, Partner und Allianzen. Er setzt es einfach um. Da sind manche Dinge dabei, die wir massiv kritisieren müssen, beispielsweise der Anschlag auf das regelbasierte Handelssystem. Es ist rechtswidrig, was er da tut. Aber andere Dinge, bei denen er voranschreitet, kann man nachvollziehen, zumal sie in einer gewissen Kontinuität seiner Vorgänger

ten zu torpedieren oder dass absurde Zollbestimmungen dazu führen, dass amerikanische SUVs sündhaft teuer werden bei der Einfuhr nach Deutschland.

Ich glaube, dass der Kampf der linken Populisten von Linkspartei, Verdi und Attac, aber leider auch der Grünen gegen TTIP, CETA und andere Handelsabkommen uns als Exportland direkt und absehbar in die Sackgasse führt. Dass TTIP in Europa so schwer beschädigt worden ist, ist in allererster Linie das Ergebnis einer deutschen Debatte gewesen. In anderen Ländern gab es immer solide Mehrheiten dafür. Es ist nicht gelungen, diesen Konflikt rechtzeitig aufzulösen. Als Trump dann gewählt wurde, hat er sich wie Sahra Wagenknecht, Anton Hofreiter und Alexander Gauland auch gegen TTIP gestellt, und damit war die Sache tot. Hier, glaube ich, gibt es Anlass zur Selbstkritik auch in der deutschen Medienlandschaft. Es wurden Unwahrheiten verbreitet, Panik gemacht und Agenda-Journalismus betrieben. Das war ein echter medialer Herdentrieb, den wir da beobachten konnten.

Wie realistisch ist die Chance auf TTIP light?

Was Juncker in Washington erreicht hat, ist schon bemerkenswert. Die EU und die USA werden sich zusammensetzen, um ein Abkommen zu erreichen, das die Abschaffung gegenseitiger Zölle auf verzelte Güter zum Inhalt hat. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein positives Signal für den Freihandel. Noch wichtiger ist aber, dass es auf lange Sicht zu einem wirklichen umfassenden Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU kommt. Wie das dann am Ende heißt, spielt keine Rolle. Ob es dazu kommt, hängt allerdings stark vom Willen des US-Präsidenten ab, so will es die amerikanische Verfassung. Und dieser Präsident ist sprunghaft, wie wir wissen. Dieses Mal hatte er einen guten Tag aus Sicht des Freihandels, niemand kann aber wissen, wie der nächste sein wird. Trotzdem sind die Bundesregierung und die EU in der Pflicht, hier nichts unversucht zu lassen, Donald Trump vom Nutzen des transatlantischen Freihandels zu überzeugen.

In der Berichterstattung und Fokussierung auf USA versus Europa wird ein wesentlicher Spieler weitgehend vergessen: China. Ist das nicht eigentlich der weitaus größere Konflikt, der in ein paar Jahren wirtschaftlich wie politisch hochkommt: USA gegen China?

Der Konflikt läuft schon. Die innerwestlichen Konflikte, die wir zurzeit haben, verstellen den Blick darauf, dass der eigentliche Konflikt derjenige ist zwischen liberalen, toleranten, offenen und rechtsstaatlichen Gesellschaften auf der einen Seite und einem staatskapitalistischen, autoritären, kommunistischen, marktwirtschaftliche Prozesse massiv verzerrenden System auf der anderen Seite. China ist eine Welthandelsmacht, tut aber so, als ob es noch Entwicklungsland sei. Die Regierenden in der Volksrepublik lachen sich ins Fäustchen, wenn sie die Konflikte im Westen sehen. Für China sind die USA der



Dass TTIP in Europa so schwer beschädigt worden ist, ist das Ergebnis einer deutschen Debatte gewesen. Als Trump dann gewählt wurde, war die Sache tot.

wirtschaftliche Hauptkonkurrent. Es will daher Europa als strategischen Partner gewinnen. Und die USA stoßen Europa gerade vor den Kopf. Wenn wir eine werte- und interessen geleitete Politik machen, kann China nicht unser strategischer Verbündeter sein, sondern die von mir genannten verbundenen Länder, die auch von der inneren Verfassung her unseren Werten entsprechen.

Wir sprachen bereits über Sicherheit. Was bedeutet es für die Weltordnung, wenn der Weltpolizist nicht mehr dauerhaft anwesend ist?

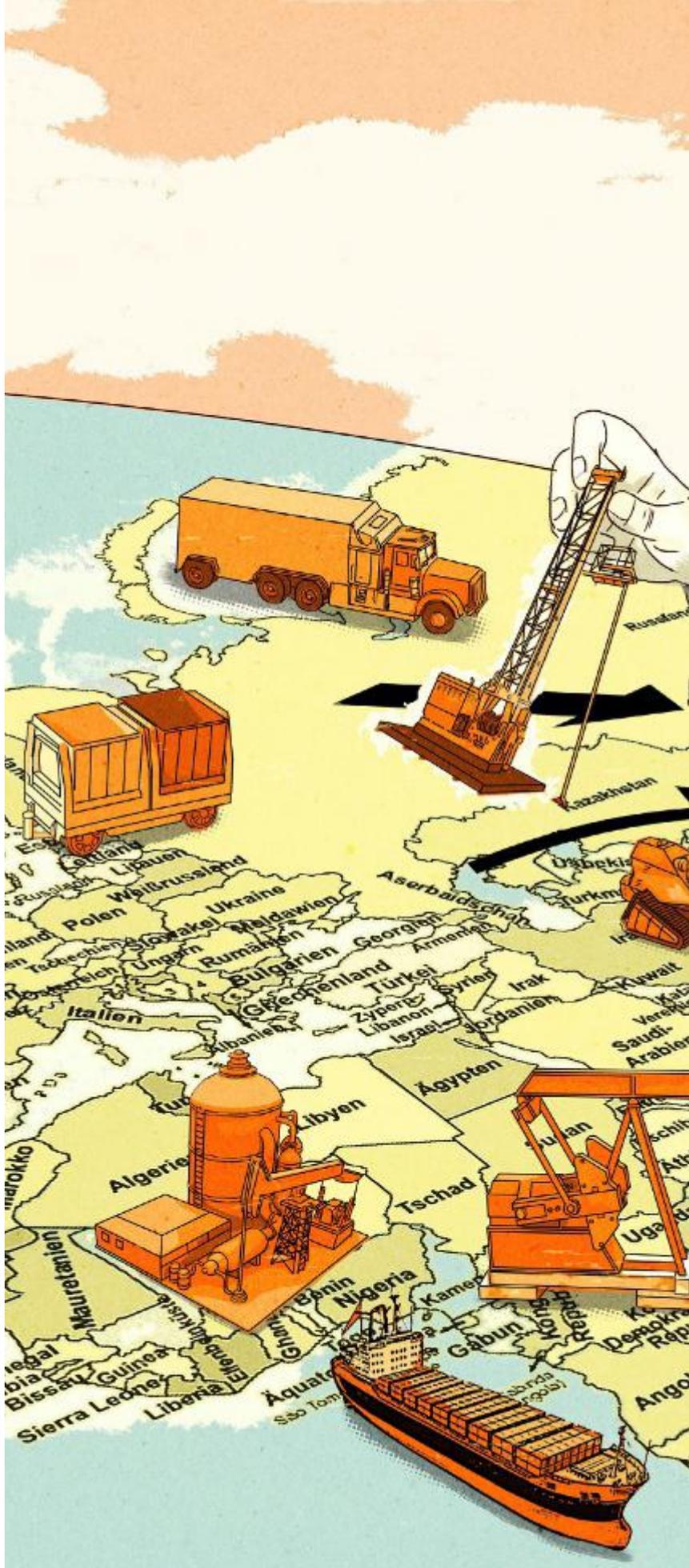
Die NATO hat gerade eine neue Mission im Irak beschlossen, und auch die Afghanistan-Mission geht bis auf Weiteres erst mal weiter mit den USA. Insofern ist ein Rückzug des Weltpolizisten politisch sichtbar, aber nicht militärisch, übrigens auch nicht in Europa. Natürlich lässt sich das auf Dauer nicht trennen. Für uns in Europa bedeutet das deshalb ganz klar, dass wir uns in die Lage versetzen müssen, unsere Interessen und Werte in unserer Nachbarschaft zu schützen. Ich denke hier insbesondere an den Balkan, Nordafrika, die Sahel-Zone. Das bedeutet ganz konkret den Ausbau unseres unterentwickelten diplomatischen Apparats, eine Stärkung der Bundeswehr und die Verbesserung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit in der Europäischen Union. ●

Wir brauchen eine GLOBALE Ordnungspolitik

Die Welthandelsordnung steht vor ihrer größten Herausforderung seit 70 Jahren. Vor allem Europa und die USA sind verantwortlich für den Freihandel.

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

Illustration: Thomas Kühlenbeck





Vor 70 Jahren, am 1. Januar 1948, trat das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen in Kraft. Sein griffiger englischer Name: GATT, also „General Agreement on Tariffs and Trade“. Unter der politischen Führung der USA und des Vereinigten Königreichs verständigten sich 23 Nationen auf ein multilaterales Regelwerk im internationalen Handel. Kern war das Prinzip der Nicht-Diskriminierung, auch Meistbegünstigung genannt, also die Verpflichtung, alle Vertragspartner gleich zu behandeln.

In der Folgezeit war das GATT extrem erfolgreich: Immer mehr Nationen, darunter auch Deutschland, traten bei, und es gelangen über die Jahrzehnte in einigen großen multilateralen Handelsrunden kräftige Senkungen des weltweiten Zollniveaus. Mit Abschluss der sogenannten Uruguay-Runde wurde Mitte der 90er-Jahre das GATT in die neu gegründete World Trade Organisation (WTO) überführt, die zudem ein formalisiertes Verfahren der Streitschlichtung erhielt, das seither intensiv arbeitet und bis heute fast 600 Fälle bearbeitet hat, die meisten übrigens mit guten Ergebnissen. Auch die WTO wuchs kräftig. Heute zählt sie 164 Nationen als Mitglieder, darunter seit 2001 China und seit 2012 Russland. Mehr als 90 Prozent des gesamten Handelsvolumens entfällt auf Länder der WTO.

Krise des Multilateralismus

Eine große Erfolgsgeschichte, zumal der Welthandel massiv zunahm. Wer genau hinschaute, konnte allerdings schon lange erste Risse im multilateralen Gebäude erkennen. Denn zunehmend nutzten WTO-Mitgliedsländer eine wichtige Ausnahme vom Prinzip der Nicht-Diskriminierung, die schon immer erlaubt war: den Abschluss von zumeist bilateralen Handelsabkommen, soweit diese nicht gegenüber Drittländern zu Zollerhöhungen führten. Nach 1990 schoss deren Anzahl in die Höhe, was zeigte, dass es viel leichter war, sich zwischen Nachbarstaaten und bilateral zu einigen als einen globalen Fortschritt in Richtung Freihandel zu erreichen. Dafür gab es auch einen tiefen technologischen Grund: Da der Handel mit industriellen End-, Zwischen- und Vorprodukten die stärkste Wachstumsdynamik aufwies, bedurfte es auch immer mehr tiefergehender Vereinbarungen über Technik- und Produktstandards sowie Investitionsschutz, um überhaupt einen stabilen Rahmen für die Handelsbeziehungen zu gewährleisten.

Schritt für Schritt entfernte sich damit ein großer Teil des wachsenden Handels aus der multilateralen Grundphilosophie der WTO. Die Welt begann unmerklich zu zerfallen in zumeist regionale Teilgruppen, die

sich auf ihre eigenen Regeln verständigten. Die prominentesten Fälle dafür sind natürlich die Europäische Union (EU) sowie das North Atlantic Free Trade Agreement (NAFTA). Symptomatisch für die Entwicklung war das gleichzeitige Stocken der letzten multilateralen Handelsrunde, die 2001 in Doha aufs Gleis gesetzt und bis heute nicht abgeschlossen wurde.

Aufstieg des Staatskapitalismus

Hinzu gekommen ist inzwischen eine noch größere Herausforderung als der Niedergang des Multilateralismus. Sie lässt sich am besten beschreiben als Aufstieg eines völlig neuen Wirtschaftssystems: Staatskapitalismus. Gab es im Kalten Krieg den übersichtlichen Antagonismus zwischen liberaler „Marktwirtschaft“ und sozialistischer „Planwirtschaft“, so gibt es mit dem Aufstieg großer Entwicklungs- und Schwellenländer immer mehr komplexe Mischformen. Typisch für sie ist, dass es im Grundsatz eine freie Preisbildung für die Produkte privater und staatlicher Unternehmen gibt, dass aber der Staat überaus stark lenkend und steuernd eingreift - sei es aus rein machtpolitischen Gründen, um sich eine Unternehmerklasse gefügig zu machen wie etwa in Putins Russland, sei es aus übergeordneten Planungszielen der technologischen Entwicklung, die von der politischen Führung beschlossen werden, so wie es im kommunistischen China von Xi Jinping geschehen ist.

Vor allem das chinesische Modell des Staatskapitalismus schafft für die Welthandelsordnung eine ernste Bedrohung. Die Gründe liegen auf der Hand: die Größe des Landes mit 1,4 Milliarden Menschen sowie die Entschlossenheit seiner autoritären Führung, mit dem Programm „Made in China 2025“ in allen wesentlichen Bereichen der Hochtechnologie die Weltmärkte zu erobern. Dafür setzte das Land nach Schätzungen des Hudson Institute zuletzt im Jahr 2016 fast 800 Industrie- und technologiepolitische Programme ein, deren Subventionierung in der Größenordnung von 300 Milliarden US-Dollar liegen; direkt an Staatsunternehmen gingen obendrein 30 Milliarden US-Dollar. Flankiert werden diese gigantischen Hilfen durch eine systematische Politik des einseitigen Technologietransfers bei Kauf ausländischer Unternehmen sowie Joint Ventures, die dem Geist des freien und fairen Handels komplett zuwiderlaufen, aber in den Regelwerken der WTO noch nicht gebrandmarkt oder gar verboten werden.

Hier steht die WTO vor einem neuen und gewaltigen Problem. Es ist tatsächlich das Verdienst des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, weltweit darauf aufmerksam gemacht zu haben - wenn auch mit einer wüs-



Mit dem Programm
„Made in China 2025“
will China alle
wichtigen Bereiche der
Hochtechnologie auf den
Weltmärkten erobern!

ten Rhetorik und mit Strafzöllen auf chinesische Produkte, die das Regelwerk der WTO in grober Weise verletzen. In der Sache hat er aber recht: Es wäre blauäugig zu glauben, dass in der westlichen Welt auf Dauer ein gesellschaftlicher Konsens für den Freihandel zu bewahren ist, wenn ein riesiger, schnell wachsender Konkurrent namens China auf dem Weltmarkt durch massive Staatseingriffe und unfaire Handelspraktiken immer mehr Marktanteile gerade in jenen Bereichen der Hochtechnologie erobert, in denen westliche Produzenten ihre Absatzchancen und Arbeitnehmer ihre Verdienstmöglichkeiten sehen. Was früher als Randphänomen ignoriert werden konnte, rückt immer stärker ins Zentrum des öffentlichen Bewusstseins. Es darf nicht mehr ignoriert werden, auch nicht in Europa.

Die neue Aufgabe

Daraus ergibt sich eine gewaltige Herausforderung für die WTO. Es geht im Kern darum, nicht mehr nur sichtbare Handelsbeschränkungen wie Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse in den Griff zu bekommen, sondern tief in die jeweils nationale Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik durch multilaterale Vereinbarungen einzuwirken. Auf den ersten Blick erscheint dies hoffnungslos: Wie naiv muss man sein, um zu glauben, dass ein großes, mächtiges, autoritär regiertes Land wie China sich auf eine Beschränkung und Kontrolle seiner nationalen Industrie- und Technologiepolitik einlassen könnte? Andererseits ist China als „Exportweltmeister“ gerade wegen seiner inzwischen starken Abhängigkeit vom Außenhandel auf die Offenheit der Weltmärkte für seine Produkte mehr denn je angewiesen. Es ist also durchaus verwundbar - und zwar dann, wenn eine gemeinsame Front der führenden westlichen Industrienationen unmissverständlich klarmacht, dass die weitere weltwirtschaftliche Integration des Riesenreichs nur dann Unterstützung findet, wenn sich China an den WTO-Geist des freien und fairen Welthandels hält. Dazu muss allerdings dieser Geist in Prinzipien und Regeln konkretisiert werden - und dies erfordert eine grundlegende Reform der WTO.

Die politische Konsequenz heißt: Schluss machen mit der dahinsiechenden Doha-Runde und stattdessen Neustart einer WTO-Reform, die wirklich die wettbewerbspolitischen Handelshemmnisse des 21. Jahrhunderts in den Blick nimmt. Die praktische Kernfrage lautet also: Wie lassen sich China und der Rest der Welt motivieren, am Verhandlungstisch Platz zu nehmen, um eben diese nötigen Reformen anzugehen? Der Schlüssel zur Antwort liegt im transatlantischen Verhältnis: →

Nur wenn der Westen gemeinsam vorgeht, besteht eine realistische Chance, den nötigen Druck auf China auszuüben. Dafür sind Europa und Nordamerika heute noch wirtschaftlich stark genug, zusammen mit befreundeten Nationen in Lateinamerika und im pazifischen Raum. Aber die Uhr tickt, denn China wächst schnell und könnte schon in der nächsten Dekade seine neomerkantilistischen Ziele der Markteroberung erreichen.

Warum funktioniert aber diese transatlantische Verständigung (noch) nicht? Die Antwort ist einfach und hat derzeit einen einzigen Namen: Donald Trump. Er hat zwar die chinesische Herausforderung durchaus erkannt, aber mit seinen jüngsten Strafzöllen eine Art Zweifrontenkrieg mit China und Europa begonnen. Die EU hat darauf bisher überaus besonnen und klug reagiert. Sie folgte im Wesentlichen der Strategie ihrer liberalen Handelskommissarin Cecilia Malmström. Zum einen erteilte die EU chinesischen Angeboten für eine engere handelspolitische Zusammenarbeit eine freundliche, aber klare Absage, obwohl das Verhalten von Donald Trump es verführerisch nahelegte, auf China zuzugehen. Gleichzeitig pocht die EU unbeirrt auf Freihandel: einerseits durch beschleunigten Abschluss von Handelsabkommen mit Kanada und Mexiko sowie Südkorea und Japan - alles recht große Länder von zusammen fast 350 Millionen Einwohnern mit starker Integration in die Weltmärkte; Abkommen mit Australien und Neuseeland werden noch folgen. Hinzu kamen wohl dosierte und gezielte Strafzölle als Nadelstiche gegen Exportprodukte in Trump-Hochburgen des ländlichen Amerika, und dies nicht aus Freude am Protektionismus, sondern als Geste des Beharrens auf dem Freihandelsprinzip der Gegenseitigkeit. Immer gab es dabei den Hinweis, dass die Tür zu Verhandlungen weit offen steht, zu keinem Zeitpunkt rissen die Gesprächskontakte ab. Zur Überraschung vieler Beobachter kam es dann beim jüngsten Treffen von Juncker und Trump in Washington tatsächlich zu einer gemeinsamen Bereitschaftserklärung, die Eskalation zu stoppen und Verhandlungen zu beginnen. Ziel: ein transatlantisches Handelsabkommen.

Ein Fahrplan für die Zukunft

Es mag vermessen klingen, aber dies könnte der erste Baustein zur Erneuerung der internationalen Handelsordnung werden. Dafür muss allerdings ein klares langfristiges Oberziel definiert und verfolgt werden: die Reform der WTO. Alles andere sind Schritte auf diesem Weg: unabdingbar, aber unvollständig. Ein Fahrplan könnte aus drei Stufen bestehen: der Abschluss eines transatlantischen Freihandelsabkommens, eine G20-Weltwirtschaftskonferenz und schließlich der Start einer

neuen Handelsrunde zur grundlegenden Erneuerung der WTO.

Der erste Schritt wirkt mit Blick auf die Rhetorik von Donald Trump derzeit noch utopisch. Aber er ist es dann nicht, wenn die ernüchternden Erfahrungen auf beiden Seiten des Atlantiks ernst genommen werden. Trumps Amerika muss erkennen, dass sich der aktuell praktizierte aggressive Unilateralismus nicht auszahlt, selbst für eine große, wohlhabende Nation von 330 Millionen Menschen wie die Vereinigten Staaten. Der Grund ist, dass andere sich dagegen wehren - durch gezielte harte Vergeltung und im EU-Fall durch Freihandel mit anderen Regionen der Welt, nach dem Motto: zur Not eben ohne die USA.

In Europa und vor allem in Deutschland geht es bei dem Lernprozess besonders um die bitteren Erfahrungen, die mit den TTIP-Verhandlungen zur Zeit der Obama-Administration gemacht wurden. Damals wehrte sich eine breite Koalition von Grünen, Sozialisten und ökologisch orientierten NGOs massiv gegen den transatlantischen Freihandel, vor allem aus Furcht vor einer Senkung sozialer und ökologischer Standards infolge des verstärkten Wettbewerbs. Daneben erlaubte die Politik in Deutschland das Anwachsen eines riesigen Überschusses in der Leistungsbilanz - statt durch Steuersenkungen dafür zu sorgen, dass eine neue gesamtwirtschaftliche Konstellation entsteht: mit mehr Investitionen, stärkerem Wachstum und höheren Importen. In all diesen Punkten brauchen wir ein Umdenken, denn die letzten beiden Jahre haben gezeigt, was auf dem Spiel steht und wie sich die Lage zuspitzen kann, wenn Amerikaner sowie Europäer (und allemal die Deutschen) auf ihren Positionen beharren.

Wichtig ist es dabei, dass die Verhandlungen mit einer gehörigen Portion Pragmatismus geführt werden. Im Vordergrund muss stehen, dass es tatsächlich zu einem Freihandelsabkommen kommt, nicht aber, dass alles und jedes detailliert geregelt wird. Extrem sensible Bereiche sollten ausgeklammert werden, bevor sie die Verhandlungen als Ganzes zum Scheitern bringen. Dies gilt zum Beispiel für Gesundheitsstandards bei Lebensmitteln, die in Europa sehr ernst genommen werden, und für Vorschriften der Ausschreibung bei öffentlichen Aufträgen, die in den USA auf Unverständnis stoßen. Der erfolgreiche Abschluss eines Freihandelsabkommens als „TTIP light“ ist allemal besser als das Scheitern der Verhandlungen an hochemotionalen Einzelthemen. Er hätte mit Blick auf das Ziel der WTO-Reform eine überragende symbolische Bedeutung. Diese würde noch verstärkt, wenn es parallel zwischen Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten in den laufenden Verhand-



Warum funktioniert aber diese transatlantische Verständigung (noch) nicht? Die Antwort ist einfach und hat einen Namen: **Donald Trump.**



Illustration: Thomas Kuhlbeck

lungen schließlich doch zu einer Fortsetzung von NAFTA käme.

Ergebnis wäre im Idealfall eine umfassende Zone des transatlantischen Freihandels: EU + NAFTA + weitere europäische Länder inklusive des Vereinigten Königreichs nach einem Brexit, der möglichst „soft“ ausfällt oder nach einem weiteren Referendum gar nicht stattfindet. Dies würde die Voraussetzungen schaffen für den zweiten großen Schritt, eine G20-Weltwirtschaftskonferenz, auf der die Eckpunkte einer grundlegenden WTO-Reform abgesteckt werden könnten. Aus heutiger Sicht stünden dabei drei Themen im Vordergrund: wettbewerbsrechtliche Grenzen der Industrie- und Technologiepolitik, Wissenstransfers bei Direktinvestitionen und Joint Ventures sowie Schutz intellektueller Eigentumsrechte in einer Welt der Digitalisierung. Hinzu kommt die dringende Notwendigkeit, das WTO-Schiedsgericht zur Lösung von Handelsstreitigkeiten zu stärken: durch drastische Verkürzung der Entscheidungsfristen sowie massive Aufstockung des juristischen Personals, was derzeit von der amerikanischen Regierung gezielt verhindert wird.

All dies müsste nach Einigung auf das Grundsätzliche im weiteren Verfahren zum Gegenstand einer neuen großen WTO-Handelsrunde werden. Deren Bedeutung wäre nur zu vergleichen mit der konstituierenden Konferenz in Havanna im November 1947, mit der das GATT überhaupt erst auf den Weg gebracht wurde. Damals ging es um die Weichenstellung in Richtung Freihandel für die globale Ordnung nach zwei Weltkriegen. Heute geht es darum, ob diese erfolgreiche liberale Ordnung in das 21. Jahrhundert intakt überführt und modern weiterentwickelt werden kann. Im Anblick der derzeitigen Krisen des Protektionismus mag dies vorerst nicht mehr sein als eine Vision oder gar ein frommer Wunsch. Tatsächlich liegen noch riesige Steine auf dem Weg - allen voran die Erneuerung der transatlantischen Handelsbeziehungen. Ohne sie wird es keine globale Ordnungspolitik geben. ●



KARL-HEINZ PAQUÉ ist Professor für Internationale Wirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg. Er hält die liberale Welthandelsordnung für eine große Errungenschaft. Aber sie ist bedroht, besonders durch Chinas Staatskapitalismus, und braucht deshalb Reformen. Die wird es

nur geben, wenn Amerika und Europa wieder zusammenarbeiten.

✉ redaktion@libmag.de

AKADEMISCHE FREIHEIT

GENERATION ERASMUS - 30 JAHRE VÖLKERVERSTÄNDIGUNG IN EUROPA





Bei jungen Menschen eine europäische Identität stiften – das war der Grundgedanke, als die Europäische Union (EU) vor über 30 Jahren das Studenten- und Hochschulmitarbeiteraustauschprogramm „ERASMUS“ aus der Taufe hob. Der Name ist angelehnt an den Humanisten Erasmus von Rotterdam, steht aber eigentlich für: European Community Action Scheme for the Mobility of University Students. Erasmus ist als ältestes Bildungsprogramm der EU zu einer europäischen Erfolgsgeschichte geworden. Denn es hat die Begegnung zwischen Menschen aus allen EU-Ländern gefördert – so wie beim Treffen der Erasmus-Teilnehmer in Rom im November vergangenen Jahres.





Fotos: imago/Globalmagens ; Jan von Allwörden/DAAD; Fred MARVAUX/REA/iaif; SergioAzenha/Alamy/mauritiu images; AFP





Ein paar Zahlen zu Erasmus: Von 1987 bis 2014 wurden rund 522.000 Auslandsaufenthalte gefördert. Waren es zum Start im Hochschuljahr gerade 657 Studentinnen und Studenten und wissenschaftliche Mitarbeiter deutscher Hochschulen, die an Erasmus teilnahmen, lag 2014 die Zahl nach Angaben des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) bei über 39.000. Über die Ausbaustufe Erasmus+ wirkt das Programm mittlerweile auch auf berufspraktischer Ebene. Mit rund 150 Euro im Monat wird ein Student, der mit dem Erasmus-Programm ins Ausland geht, unterstützt. Attraktiv ist vor allem der Erlass der Studiengebühren im Ausland, die vor allem in Großbritannien mitunter Tausende von Euro betragen können. Auf die Attraktivität des Programms wies auch Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, im Rahmen der Geburtstagsfeier in Brüssel hin (Bild ganz unten).





Fotos: VISUM/Marcus Windus; fotogloria/Loredana Celano; Agentur Focus/Roberta Valerio; Destrée Organisation/EU



Gute Stimmung herrscht bei Studenten in Prag (Bild ganz oben) ebenso wie bei der Geburtstagsfeier in Brüssel im November 2017 mit Vertretern der nationalen Erasmus+-Agenturen, der EU-Kommission und externen Gästen.

IN SYRIEN:



**NEUE MEDIEN
ALS SCHLÜSSEL
ZUR FREIHEIT**



Sich selbst unter Lebensgefahr journalistisch zu engagieren, begreifen immer mehr Menschen in Syrien als eine Art Bürgerpflicht. Der Effekt ist erstaunlich: In dem Land wächst eine robuste und differenzierte Medienlandschaft heran.

VON DIRK KUNZE
UND YARA ASMAR

Alles, was wir über die Vorgänge im kriegsgeplagten Syrien wissen, verdanken wir Menschen, die täglich erneut ihr Leben aufs Spiel setzen. Sie berichten über militärische Aktionen, informieren über Proteste und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Sie werden deshalb von der syrischen Regierung als Opposition eingestuft und müssen mit harten Vergeltungsmaßnahmen rechnen. Vielen droht jederzeit Verhaftung oder gar Hinrichtung. Dabei sind nicht wenige von ihnen erst durch die Ereignisse der letzten Jahre zu Aktivisten oder auch Journalisten geworden. Abdallah Hallak ist einer von ihnen und steht stellvertretend für viele Syrer, die sich journalistisch engagieren. Er lebt inzwischen in Italien, aber schreibt und veröffentlicht seit über 14 Jahren in verschiedenen syrischen Medien. Die Arbeit auf schwierigem Terrain, der Umgang mit roten Linien und der berühmten „Schere im Kopf“ sind ihm somit nur allzu vertraut.

Sein journalistisches Engagement begann er in den Nachwehen des „Damaszener Frühlings“, welcher im Jahr 2000 nach dem Tod von Hafez Assad so hoffnungsvoll begann, aber nur kurz anhielt. Damals öffnete sich Bashar Assad, sein Sohn und Nachfolger, für die journalistische Szene in Syrien und wollte sich als neuer, weltoffener Führer präsentieren, der Vielfalt unterstützt. Jedoch galten für Vielfalt und Freiheit immer enge rote Linien, die nicht überschritten werden durften - und diese Linien wurden mit der Zeit immer enger. Journalisten wurden verhaftet und Zei-

tungen geschlossen - aber die Büchse der Pandora war geöffnet. Für Abdallah, wie für so viele andere, führte die schrittweise Einschränkung einmal erlaubter Freiheiten letztlich dazu, dass Journalismus zu Aktivismus wurde. Entweder wurden Artikel anonym verbreitet oder die in Syrien gedruckten Gedanken und Visionen mussten den Umweg über zwei Textebenen nehmen - die Ebene des Geschriebenen und die Ebene des Gemeinten. Abdallahs frühe Artikel handelten etwa von Kuba und Fidel Castro, nachdem dieser seinem Bruder Raoul die Macht übergeben hatte. Kuba stand dabei für Syrien, Fidel für Hafez Assad und Raoul für Bashar Assad. Dies änderte sich mit dem Beginn der Revolution in Syrien: „Im Jahr 2011 hörte ich auf, über Castro zu schreiben. Ich fing an, die Dinge so zu benennen, wie sie sind. Die Barriere der Angst in Syrien war gebrochen. Die Menschen hatten sich dafür entschieden zu reden und wir Journalisten fühlten uns dafür verantwortlich.“ Dies ist - auch wenn es sich zunächst bizarr anhört - eine der positiven Begleiterscheinungen der letzten Konfliktjahre, die als eine Zeit der Gewalt und Flucht oder Vertreibung in die Geschichte eingehen werden. Ob in Jordanien, im Libanon, in Deutschland oder im Verborgenen, erst der Krieg in Syrien ebnete den Weg dafür, zahlreiche Geschichten von Unterdrückung offenzulegen und bislang verschwiegene Verhältnisse innerhalb der syrischen Gesellschaft zu enthüllen. Erst der Konflikt führte zur Entstehung einer robusten und differenzierten Medienlandschaft innerhalb des Landes. So zirkulierten in Syrien im Jahr 2015 - neben den 17 staatlichen - knapp 300 unabhängige Zeitungen (gedruckt und online). Zwar war nicht allen eine lange Lebensdauer beschieden, aber die starke Zunahme von Zeitungen sowie Onlinemedien trug zur Entwicklung einer Medienlandschaft bei, die beinahe 50 Jahre sorgfältig vom Staat kontrolliert worden war.

Nach 40 Jahren Unterdrückung werden Medien zu einem Vehikel für neu entdeckte Freiheit

Die Revolution von 2011 motivierte auf der einen Seite Syrer, sich einzumischen, und auf der anderen Seite Medienschaffende und Journalisten, aktiver und engagierter zu arbeiten. Jedoch sah damals noch niemand die Explosion eines blutigen Konflikts voraus, zu der es im Laufe der Jahre kommen sollte. Die Notwendigkeit, Ereignisse zu dokumentieren und neutrale Botschaften zu transportieren, führte zur Entwicklung eines losen Netzwerkes von Journalisten, welche begannen, sich in professionellen Medien neu zu organisieren. Durch ihre Migration in verschiedene Richtungen fanden viele Journalisten in anderen Ländern wieder zusammen: Einige gründeten auf Grundlage einer gemeinsamen Vision neue Medienplattformen, und →



Bashar Assad



Erst der Konflikt führte zur Entstehung einer robusten und differenzierten Medienlandschaft innerhalb des Landes.

an anderer Stelle gingen Medien aus Projekten internationaler Geber und Agenturen hervor. In der Studie „Journalism in Crisis“ der libanesischen Samir Kassir Foundation, die in Partnerschaft mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit veröffentlicht wurde, konnte - nach der qualitativen Analyse von mehr als 12.000 Medienartikeln - nachgewiesen werden, dass die finanzielle und professionelle Unterstützung aus dem Ausland das journalistische Niveau anheben und die syrische Medienlandschaft diversifizieren konnte. Abdallah, der an dieser Studie ebenfalls beteiligt war, äußerte sich überrascht über die Anzahl der verfügbaren und aktiven Medienplattformen: „Ich wusste, dass der Sektor wächst, aber ich hätte nie gedacht, dass ich vor einer Liste von 298 rein syrischen Zeitungen stehen würde.“

Im Gegensatz zur Zeit vor der Revolution, als Informationen ausschließlich kontrolliert und gefiltert „von oben“ mitgeteilt wurden, ermöglichen die neuen Entwicklungen nun eine aktive Beteiligung der Öffentlichkeit an Diskussion und Umsetzung journalistischer Inhalte. Trotz der Schwächen und enormen Herausforderungen - wie beispielsweise des erschwerten Zugangs zu Informationen aus ideologisch diversen Quellen - versucht die Mehrheit dieser neu

entstandenen Medien, Qualitätsjournalismus zu betreiben und die moralischen und qualitativen Standards für kritische Berichterstattung überdurchschnittlich oft einzuhalten. Dies konnte in der „Journalism in Crisis“-Studie beispielsweise dadurch nachgewiesen werden, dass sowohl in Meinungs- als auch Nachrichtenartikeln - welche 76 Prozent des produzierten Medienmaterials ausmachen - auf voreingenommene und vulgäre Sprache oder diskriminierende Inhalte verzichtet wurde.

Dies ist eine gute Basis, aber wie geht es weiter?

Schon bei kleinen Veränderungen auf militärischer und politischer Ebene sind mehrere lokale, regionale und internationale Akteure direkt und indirekt betroffen. Derzeit ist nicht absehbar, ob die syrische Medienlandschaft sich wie bisher weiterentwickeln kann oder in einer leider altbekannten, von der Regierung kontrollierten Form aufgehen wird. Obwohl viele Journalisten außerhalb Syriens tätig sind, werden die eigentlichen Details und Informationen noch immer durch ein Netzwerk von in Syrien befindlichen Bürgerjournalisten und - in seltenen Fällen - von professionellen Reportern recherchiert und berichtet. Zuvorderst stehen dabei militärische



und politische Inhalte (38 bzw. 53 Prozent) und weniger soziale oder kulturelle Themen (5 bzw. 7 Prozent) im Fokus. Angesichts der Komplexität der Situation vor Ort ist dies nicht weiter verwunderlich, aber das Fehlen einer langfristigen Vision zur Bewältigung der enormen Herausforderungen des syrischen Konflikts wird auch an der neu etablierten Medienlandschaft nicht spurlos vorbeigehen. Denn abseits der geopolitischen Auswirkungen eines, wie auch immer gearteten, Kriegsendes sind die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und die eigene Stimmenvielfalt für die Zukunft von Demokratie und Freiheit in Syrien unerlässlich. Dabei spiegelt die Vielfalt in den syrischen neuen Medien die Vielfalt der oppositionellen Stimmen wider, die sich seit Beginn der Revolution 2011 entfaltet. „Vielfalt ist gut, aber“, so Abdallah, „ohne einheitliche Vision ist sie schädlich.“ Das Fehlen einer gemeinsamen, an demokratischen Werten orientierten Vision führte, seiner Meinung nach, zum Scheitern der Opposition in Syrien. Auf Unterstützung der politischen Ebene in Syrien braucht man dabei nicht zu hoffen. Selbst regierungstreue Kriegsreporter wurden inzwischen ihrer Funktionen enthoben und als Journalisten für „Entertainment“ abgestellt. Die Zukunft der aufstrebenden Medienlandschaft in Syrien hängt somit von zwei Hauptfaktoren ab: von der wechselseitigen Beeinflussung der Mediensektoren innerhalb und außerhalb Syriens und von der Frage der Bestandskraft und Finanzierung. Die Basis ist gelegt, die Hoffnung groß, aber es braucht weiterhin Hilfe beim Aufbau von organisatorischen Kapazitäten und Schulungen für investigative und konstruktive Berichterstattung. Darüber hinaus verlangt ein Engagement ausländischer Organisationen, sich der Realität und dem Relevanzsystem syrischer Journalisten unterzuordnen, anstatt eigene Prioritäten auf die syrische Medienlandschaft zu projizieren. Mit anderen Worten: Der ausländische Beitrag für Demokratie und Freiheit in Syrien sollte besonders darin bestehen, den Mediensektor darin zu unterstützen, sämtliche Freiheiten und alle Chancen wahrzunehmen. Denn letztendlich ist die syrische Gesellschaft kein Schwarz-Weiß-Bild von „Unterstützern des Regimes“ und „Opposition von Freiheitskämpfern“, sie besteht vielmehr auch aus Künstlern, Athleten, Autoren, Wissenschaftlern und vielen anderen, die sich politisch eigenständig verorten. Alle Syrer haben ein Recht auf Zugang zu glaubhaften Nachrichten als Basis für informierte Entscheidungen, und alle haben ein Recht, über die Außenwelt und ihre Möglichkeiten für gesellschaftspolitisches und berufliches Engagement informiert zu sein.

Europas Engagement darf nicht nachlassen

Auch wenn die Ereignisse in Syrien nicht zur Verwirklichung der primären Ziele der Revolution von 2011 - wie mehr Freiheit und Etablierung von Bürgerrechten - geführt haben: Die Abscheulichkeiten des Krieges haben der internationalen Gemeinschaft die Augen und den Blick geöffnet - auf eine unterdrückte syrische Zivilgesellschaft, die mehr denn je Unterstützung bei ihrer Suche nach Demokratie und Frieden auf gewaltfreiem Weg braucht. Es ist höchste Zeit, dass die europäischen Län-

der entstehende Einflusslücken füllen, um beispielsweise zu verhindern, dass in Syrien alte Regimereflexe die Oberhand gewinnen oder die Macht- und Kontrollinteressen auswärtiger Akteure wie Russland und Iran unangetastet bleiben. Schon lange bedeutet internationale Hilfe für Syrien mehr, als nur für Nahrung und Unterkunft zu sorgen. Während die freie Meinungsäußerung innerhalb Syriens immer wieder bedroht ist, haben neue Medien neue Wege der öffentlichen Verbreitung gefunden und die Vorteile digitaler Technologien genutzt. Die Sehnsucht nach Denkanstößen ist groß, die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements ist notwendig, und es ist wichtiger denn je, den syrischen Stimmen - wie der von Abdallah - eine Plattform zu bieten, um international Gehör zu finden: „Die derzeitige Situation ist für Journalisten zwar nicht optimal, aber wir können schreiben. Stell dir vor, was wir machen können, wenn der Krieg vorbei ist.“



Enab Baladi – Ausgabe vom 29.07.2018



DIRK KUNZE ist Politikwissenschaftler und Büroleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Beirut. Seit einigen Jahren unterstützt er die Zivilgesellschaft in Syrien. Als gebürtiger Leipziger sind die Worte „Wir sind das Volk“ für ihn handlungsleitend.

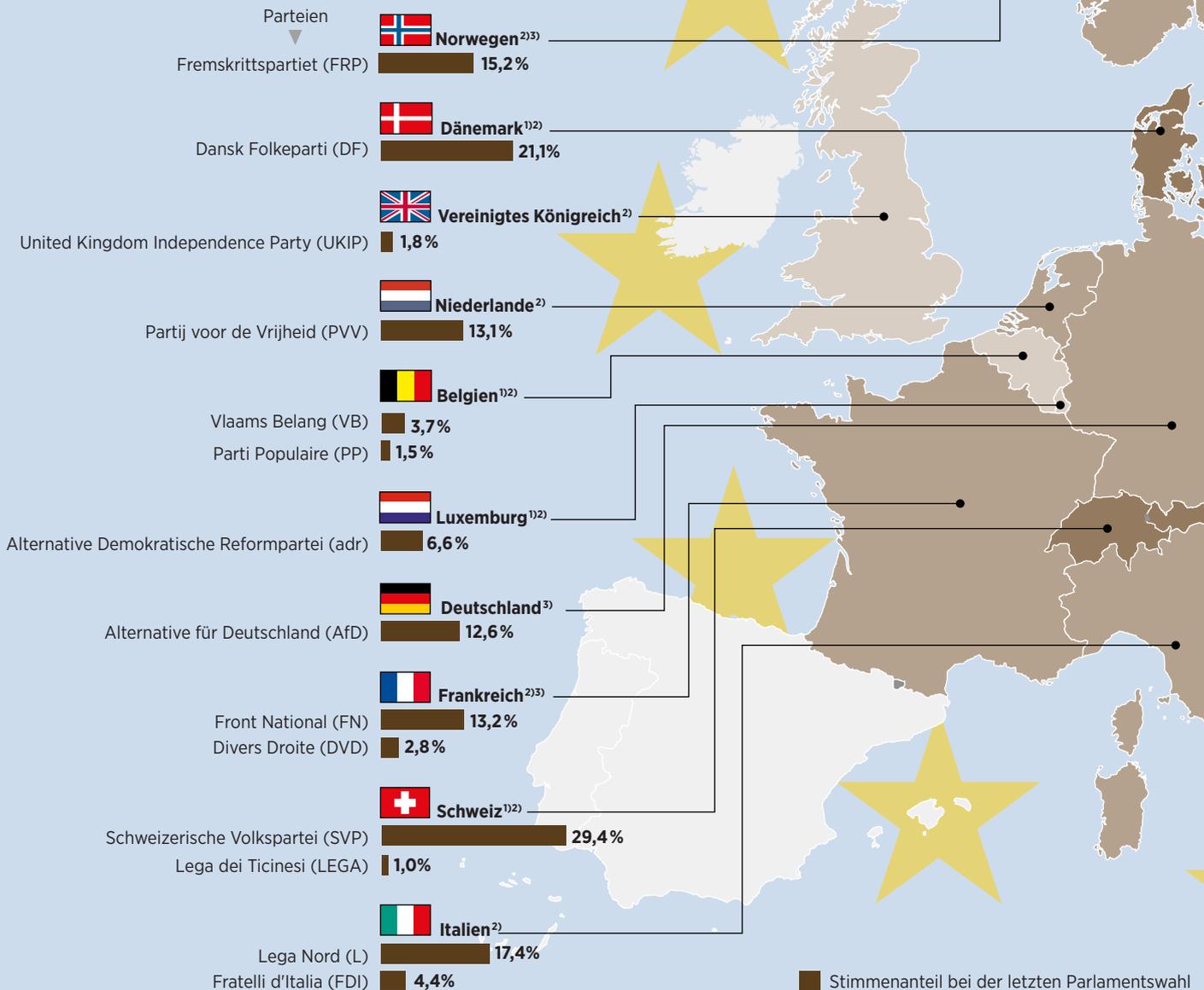


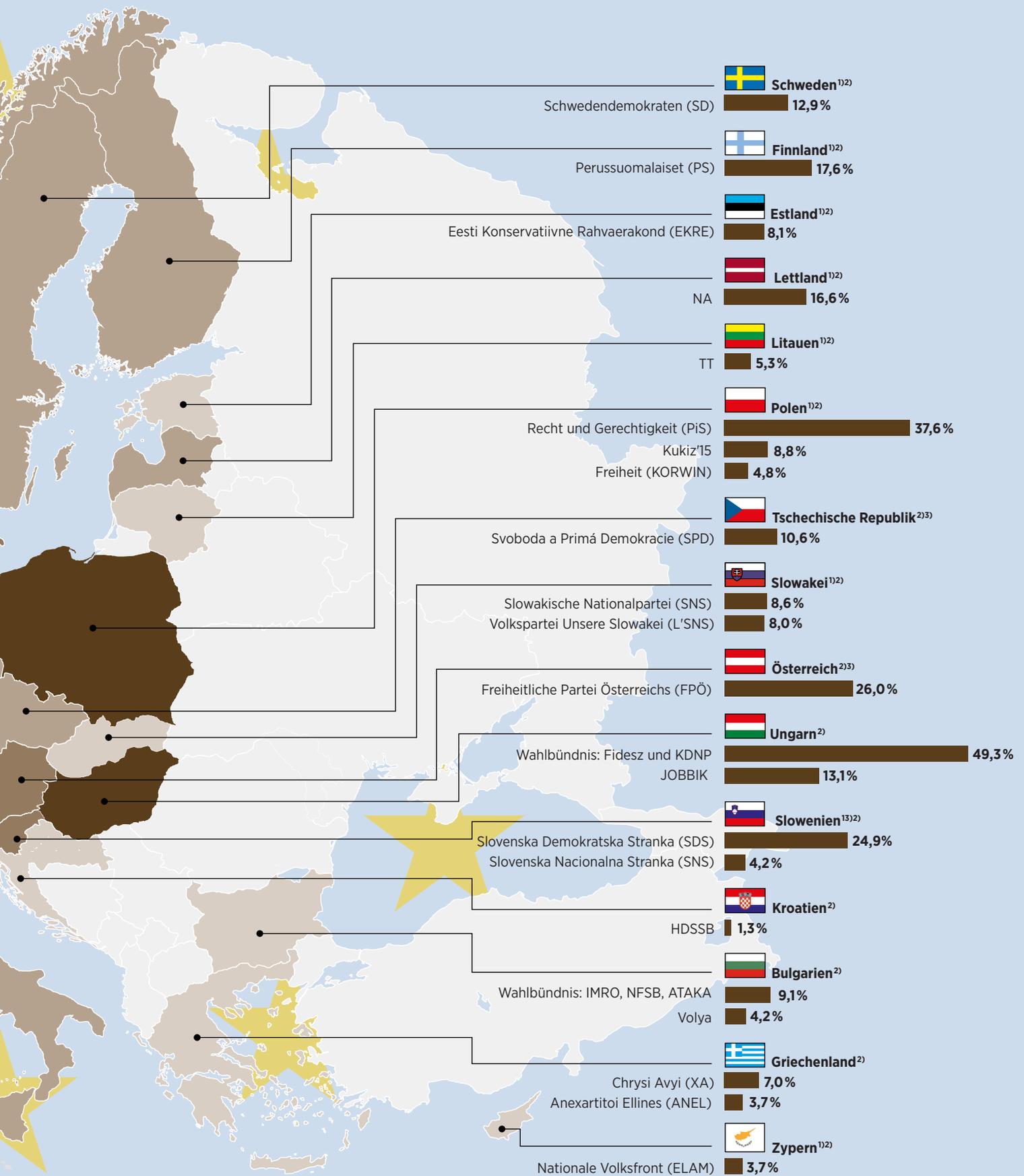
YARA ASMAR arbeitet als „Senior Project Manager“ für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Beirut. Sie hat einen Masterabschluss von der Central European University (CEU) in Budapest und ist im Libanon und in Syrien politisch engagiert.

@ redaktion@libmag.de

Rechtspopulismus in Europa

Mit der jüngsten Parlamentswahl in Italien haben rechtsgerichtete Parteien, die für sich reklamieren, die Stimme des Volkes zu vertreten, wieder Auftrieb bekommen. Dort koalieren die Rechtspopulisten (Lega Nord) sogar mit den Linkspopulisten (Fünf-Sterne-Bewegung). Die Grafik zeigt, dass rechtspopulistische Parteien mittlerweile in nahezu ganz Europa vertreten sind. Einzig Spanien, Portugal, Irland und Grönland sind in Westeuropa in Sachen Rechtspopulismus sozusagen weiße Flecken auf der europäischen Landkarte.





Russland in die Pflicht nehmen

Das Regime um Wladimir Putin treibt seine politischen Interessen in Europa gezielt voran. Die Bundesregierung droht, Moskaus Destabilisierungsstrategie mit dem Pipelineprojekt Nord Stream 2 zu unterstützen. Höchste Zeit, die EU-Staaten ins Boot zu holen.

VON MICHAEL GEORG LINK





Foto: Getty Images/Moment RM

Es steht außer Zweifel, dass die großen internationalen Herausforderungen unserer Zeit wie internationaler Terrorismus, Syrienkrise, konventionelle und atomare Aufrüstung, aber auch der Klimawandel, der steigende Migrationsdruck und die Bekämpfung von Fluchtursachen nur global und multilateral gelöst werden können. Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates und wichtiger internationaler Akteur muss Russland selbstverständlich Teil dieser Lösungen sein. Deshalb braucht der Westen Russland, keine Frage! Aber ein Russland, das bereit ist, nicht nur geopolitische Forderungen zu stellen, sondern auch internationale Verantwortung zu übernehmen.

Wenn Russland Respekt für seine Interessen und Augenhöhe zu den USA und zur EU fordert, dann müssen wir auf messbare und belastbare russische Beiträge zur internationalen Lastenteilung pochen. Wer es schafft, Herausforderungen gemeinsam zu meistern, der kann auch Streitthemen anpacken und Vertrauen wieder aufbauen.

Moskau mystifiziert Einkreisung durch die NATO

Hartnäckig hält sich der von der russischen Regierung gern genährte Mythos, man sei einer Einkreisung durch die NATO zum Opfer gefallen, es habe gegenüber Präsident Putin nicht genügend Dialogbereitschaft gegeben. Dieser Vorwurf hält keiner faktischen Prüfung stand.

Die Europäische Union und ihre Partner haben seit den 90er-Jahren Russland zahlreiche Angebote unterbreitet, den Abschluss weitgehender Partnerschaftsabkommen angeboten. Leider vergeblich, denn immer wenn die Gespräche ernst wurden, zuckte Putin vor rechtlich verbindlichen Regeln, die seine Herrschaft zum Beispiel über die russische Wirtschaft hätten beschränken können, zurück. Ob Scheel, Genscher, Kinkel oder Westerwelle: Liberale Außenminister haben in ihren Amtszeiten stets darauf gedrängt, Brücken des Vertrauens zu bauen. Es ist an Russland, diese Brücken zu betreten.

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Ukraine-Krise ist das Vertrauen der westlichen Länder in Russland schwer beschädigt. Zwar muss und will der Westen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zurückkehren, gravierende Verstöße gegen das Völkerrecht kann er aber nicht ignorieren. Das mit Russland und der Ukraine ausgehandelte Minsker Abkommen

zeigt den Weg auf, den Russland gehen müsste, damit die EU die Sanktionen schrittweise aufheben kann. Dazu gehört etwa der Abzug russischer Soldaten aus der Ostukraine.

Leider spielt Moskau vor Ort auf Zeit und hat noch immer Soldaten im Donbass. Es stimmt, dass auch die Ukraine Defizite bei der Umsetzung des Minsker Abkommens hat, aber verwechseln wir nicht Ursache und Wirkung: Nicht ukrainische Truppen stehen in Russland, sondern russische Truppen stehen in der Ukraine. Die Ukraine ist ein Land, das einen von Russland unabhängigen Kurs gewählt hat. Und „gewählt“ ist durchaus im wörtlichen Sinne gemeint. Denn während die letzten Wahlen in Russland von der OSZE wegen fehlender Alternativen kritisch beurteilt wurden, stuften die Wahlbeobachter der OSZE und des Europarats die letzten Wahlen in der Ukraine als echten Wettbewerb verschiedener politischer Konzepte ein.

Seit diesen Wahlen kämpft die ukrainische Gesellschaft mit dem endemischen Übel der Korruption. Aber anders als Russland tut sie das offen, dadurch werden auch Rückschläge bekannt und benannt. Die Ukraine hat sich in freien Wahlen auf den langen Weg hin zu einer pluralistischen Demokratie, zu einem gewaltenteilten Rechtsstaat und zu einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht. Putin hat kein Interesse an einem Erfolg einer demokratischen Ukraine. Deshalb wird er den Druck auf Kiew mittels der Faustpfänder Donbass und Krim vermutlich noch lange fortsetzen. Folglich sollten auch die darauf bezogenen EU-Sanktionen aufrechterhalten werden, denn sie haben, solange die EU einig bleibt, eine nicht zu ignorierende Signalfunktion: bis hierher und nicht weiter!

Eine Lockerung der Sanktionen ohne die im Minsker Abkommen vorgesehene Rückgabe der Grenzkontrolle im Donbass an die Ukraine könnte von Moskau als Einladung verstanden werden, die Destabilisierung ungeliebter Nachbarn wie Georgien oder der baltischen Staaten fortzusetzen.

Dennoch sollte die EU Moskau immer wieder Gesprächsangebote machen, Russland einbinden, insbesondere bei der gemeinsamen Bewältigung von Krisen: bei der Eindämmung der aggressiven Außenpolitik des Iran, in der Nordkoreafrage, bei der Bekämpfung der Flüchtlingsströme, beim Kampf gegen den „Islamischen Staat“ - auch wenn diese Einbindung bedeutet, die →

Krim-Frage momentan nicht lösen zu können. Deshalb müssen wir stets unterstreichen, dass ein flagranter Rechtsbruch wie die illegale Annexion der Krim niemals durch Zeitablauf Rechtskraft gewinnen kann.

Aber vielleicht könnte eine schrittweise Einbindung Russlands in eine vertrauensvollere Zusammenarbeit bei der Bearbeitung „fernerer“ Krisen langfristig zu einer beweglicheren Haltung Moskaus bei den zahlreichen Konflikten mit seinen unmittelbaren Nachbarn vor der Haustür führen. Vielleicht wäre es klüger gewesen, 2015 das G8-Treffen in Russland nicht abzusagen und stattdessen Putin im heimatlichen Sotschi im Format „7 zu 1“ jene unbequemen Wahrheiten ins Gesicht zu sagen, die er ohne G8 noch leichter ignorieren kann. Trotz Trumps unsäglichem Auftritt beim letzten G7-Treffen wäre ein G7+1-Treffen schon ein Format, bei dem die offenen Punkte unmissverständlich und vertraulich ausdiskutiert werden könnten.

Was wir also brauchen, ist regelmäßiger offener Austausch, nicht ritualisierte Treffen. Offener Austausch, in dem die streitigen Dossiers unverblümt auf den Tisch kommen. Ziel ist „Engaging Russia“ - Russland in die Pflicht zu nehmen und gemeinsam internationale Verantwortung für die Lösung der drängenden Krisen in der Welt zu übernehmen.

Rüstungskontrolle ist mögliches Kooperationsfeld

Was heißt das konkret - zum Beispiel in der Sicherheitspolitik? Ein mögliches Feld der Kooperation wäre die atomare und konventionelle Rüstungskontrolle. Das verlangte aber, dass Russland bereit ist, die geltenden Regeln der UN und der OSZE einzuhalten und anzuwenden. Ein anderes Feld ist die Raketenabwehr. Durch die Reaktivierung der nicht nur formalen, sondern auch praktischen Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat könnten die NATO und Russland folgenschwere Missverständnisse vermeiden und Kooperationsmöglichkeiten auf dem Felde der taktischen und der territorialen Raketenabwehr ausloten. Die Begründung für den Aufbau der NATO-Raketenabwehr war stets jenseits Russlands angesiedelt, mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten. Deshalb sollte sie sich in der jetzigen angespannten Lage nicht nachträglich gegen Russland richten. Vielmehr kann eine erfolgreiche Einhegung des Iran nur mit russischer Hilfe gelingen. Was es jetzt dringend braucht, sind nüchterne, wenn irgend möglich gemeinsam mit Russland erarbeitete Bedrohungsanalysen.

Langfristig wird der Westen jedoch erst dann zu einer Normalisierung der Beziehungen zurückkehren können, wenn Russland bereit ist, in der Innenpolitik



seine repressive Behandlung Andersdenkender aufzugeben und in der Außenpolitik die Nachfolgestaaten der UdSSR endlich als souveräne Staaten zu behandeln. Statt Staaten wie Georgien, die Ukraine und die Republik Moldau ständig zu destabilisieren, wäre es höchste Zeit, den Wunsch dieser souveränen Staaten nach schrittweise engerer Einbindung in die euroatlantischen Strukturen, vor allem mit der EU, zu akzeptieren und ihre Grenzen zu respektieren - so wie von Moskau in mehreren internationalen Abkommen unterschrieben. 28 Jahre nach dem Ende der UdSSR ist es an der Zeit, dass Russland endlich den Phantomschmerz des verlorenen Imperiums über Bord wirft und seine Energie nach innen richtet: auf die überfällige Modernisierung des eigenen Landes.

Was wäre da nicht alles zu tun! Im Sonderheft der Zeitschrift *Internationale Politik* vom Juli 2018 wird die schlechte Lage der russischen Wirtschaft schonungslos analysiert. Vetternwirtschaft, Kleptokratie und Selbstbereicherung sind demnach keineswegs verblasste Attribute der Jelzin-Ära, sondern finden nach wie vor statt - wenn auch versteckter und professioneller. Das Ergebnis ist Wohlstand für wenige und ein Land, das ökonomisch weit unter seinen Möglichkeiten bleibt und viel zu sehr am Rohstoffsektor hängt. Die Diversifizierung der russi-



Seit der völkerrechtswidrigen **Annexion der Krim und der Ukraine-Krise** ist das Vertrauen der westlichen Länder in Russland schwer beschädigt.

schen Wirtschaft ist nicht nur ökonomisch, sondern auch sicherheitspolitisch im Interesse der EU: Nur mit einer diversifizierten Wirtschaft, die in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden ist, wird Moskau ein stärkeres Eigeninteresse an internationalen Regeln, an multilateralen Institutionen wie der WTO und an Freihandelsabkommen mit der EU entwickeln. Gescheitert ist ein solches Freihandelsabkommen von Lissabon bis Wladiwostok bisher nicht an der EU sondern an Russland, das seine eigenen Regeln schreiben will.

Fatalerweise treibt Russland derzeit mit tatkräftiger Hilfe ehemaliger deutscher Spitzenpolitiker ein Projekt voran, das seine Abhängigkeit vom Rohstoffsektor noch fördert und das das Zeug hat, die EU nachhaltig zu spalten und zu schwächen. Die Rede ist von Nord Stream 2. Dieses Pipelineprojekt durch die Ostsee verbindet Russland und Deutschland unter Umgehung der Ukraine, Weißrusslands, der Slowakei und Polens direkt miteinander. Der Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben dieses Projekt politisch massiv flankiert. Doch die Liste jener europäischen Partner, die Kritik an diesem Projekt üben, ist lang: das Europäische Parlament und dort insbesondere die liberale ALDE-Fraktion, die Europäische Kommission, Staaten wie Dänemark und Polen, aber auch Schwe- →

Foto: Getty Images/Axiom RM



„Brücken schlagen, damit die Anliegen unserer Mitglieder in der Politik ankommen.“

Thomas Hetz,
Hauptgeschäftsführer



DIEZEITARBEIT

Einstieg. Aufstieg. Wachstum.



Wir brauchen kein Deutschland, das mit dem Kopf durch die Wand will. Meinen wir es ernst mit der EU, muss das **Genscher'sche Diktum vom europäisch geerdeten Deutschland** gelten.

den, Finnland, die drei baltischen Staaten, die Slowakei, Italien und zuletzt auch der französische Staatspräsident Emmanuel Macron.

Dass sich die Bundesregierung angesichts dieses erheblichen Gegenwindes auf die dürre Erklärung zurückzieht, Nord Stream 2 sei kein politisches, sondern ein rein wirtschaftliches Projekt, vermag nicht zu überzeugen. Energiepolitik ist immer auch Geopolitik, insbesondere, wenn die russische Regierung einer der tragenden Akteure ist und in der Vergangenheit bereits mehrfach gegenüber verschiedenen EU-Partnern reduzierte Energielieferungen als Druckmittel eingesetzt hat.

Der größte Anteilseigner von Nord Stream ist Gazprom - mit einem Staatsanteil von 50 Prozent der verlängerte Arm des Kreml. Mit einem Marktanteil von rund 40 Prozent ist Russland schon heute der mit Abstand größte Gaslieferant der EU. Mit Nord Stream 2 würde Gazprom in Deutschland seinen Marktanteil auf circa 60 Prozent erhöhen. Das Projekt wäre also gerade kein Schritt hin zu einer Diversifizierung nationaler Lieferbeziehungen, wie sie die EU anstrebt und wie sie auch von den Freien Demokraten gefordert wird. Die FDP hatte auf dem Bundesparteitag im Mai beschlossen, dass „wir uns für eine gemeinsame europäische Energiepolitik einsetzen, die es der EU ermöglicht, ihre Energiequellen zu diversifizieren und ihre energiepolitische Abhängigkeit von Russland zu reduzieren“. Andere Bedenken treten hinzu: Skandinavien, Balten und Polen befürchten politische Abhängigkeiten, einen deutschen Sonderweg mit Moskau hinter ihrem Rücken sowie - vor allem Dänemark - Umweltschäden auf dem Grund der Ostsee.

Interessen kleinerer EU-Länder mitberücksichtigen

Darüber hinaus fließen derzeit noch die Hälfte der EU-Gasimporte aus Russland durch die Ukraine, die jährlich etwa zwei Milliarden Euro an Transitgebühren verliere. Ob die Kappung dieser Verbindungslinie im extrem belasteten russisch-ukrainischen Verhältnis Sinn macht oder ob dieser Schritt die Ukraine zusätzlich destabilisiert, beantwortet sich von selbst.

Dass all diese Bedenken ignoriert worden sind, ist ein deutliches Abrücken von der seit Hans-Dietrich Genscher vertretenen europapolitischen Maxime, dass wir Deutsche - besonders in der Sicherheitspolitik - stets ein offenes Ohr für die Anliegen der mittleren und kleinen EU-Partner haben sollten und dass Deutschland immer im Interesse Gesamteuropas handeln sollte. Viele sagen nun, dieses Projekt sei im deutschen Interesse, mache die Energiewende bezahlbar. Doch waren wir da nicht europapolitisch schon mal weiter? Welches Interesse soll Deutschland denn an einem Projekt haben, das un-

Foto: Nordstream/Presse

sere Nachbarn in der EU nachhaltig irritiert, Aussöhnung nicht fördert und das Ziel einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik, in der die EU mit einer Stimme spricht, unterminiert? Wenn wir es ernst meinen mit der EU, dann muss das Genscher'sche Diktum vom europäisch geerdeten Deutschland gelten, nicht das von einem Deutschland, das mit dem Kopf durch die Wand will. Engstmögliche wirtschaftliche Verflechtung mit Russland - und anderen Nachfolgestaaten der UdSSR - ist im Interesse der EU, auch der Energiewirtschaft. Aber Deutschland muss Moskau deutlich machen, dass es nicht hinnimmt, wenn es Energiepolitik als Spaltpilz für die EU einsetzt. Deshalb muss gelten: Energiebeziehungen betreiben wir nicht bilateral wie bei Nord Stream 2, sondern nur europäisch gemeinsam.

Nord Stream 2 europäisch einbetten

Wie also nun weiter mit Nord Stream 2? Für einen völligen Verzicht ist das Projekt schon zu weit vorangetrieben worden. Es zeichnet sich zudem ab, dass die Bundesregierung an Nord Stream 2 aus politischen Gründen festhalten will. Dies kann ohne erhebliche Kollateralschäden für die EU nur dann gelingen, wenn das Projekt baldmöglichst und entschlossen auf die europäische Ebene gehoben wird, zum Beispiel mittels einer Verhandlungsübernahme durch die Europäische Kommission und durch vertrauensbildende Maßnahmen Deutschlands gegenüber den nachvollziehbarerweise skeptischen Nachbarn. Diese wurden von Deutschland mit dem fertigen Entwurf konfrontiert, ohne Möglichkeit zur frühzeitigen Mitsprache. Gelingt diese europäische Einbettung nicht, wird Nord Stream 2 nach dem deutschen Alleingang bei der Energiewende und nach Merkels einseitiger Grenzöffnung in der Flüchtlingskrise als weiterer deutscher Sonderweg in die Geschichte der EU eingehen und Deutschland und der EU schaden. Merkel und Gabriel haben dieses Projekt von Anfang an falsch aufgesetzt und es zu einem Stolperstein für die Europäische Energieunion gemacht. Liberale Europapolitik lehnt bilaterale Alleingänge ab. Gerade im Verhältnis mit wichtigen, aber schwierigen Partnern wie Russland sollten wir in der EU gemeinsam handeln. Und dieses Handeln darf weder von Moralisieren noch von Wunschdenken ausgehen, sondern stets von nüchterner Realität.

Eine Realität, die die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit aufgrund ihrer nun bald 30-jährigen Projektarbeit in Russland sehr gut kennt. Eine nüchterne Analyse des Russlands von heute zeigt eine seit den 2000er-Jahren Stück für Stück wieder autoritärer und engmaschiger werdende Kontrolle der Zivilgesellschaft in Putins Russland, gepaart mit einer gesellschaftspoli-

tisch intoleranten, homophoben, reaktionären Geschichts-, Gesellschafts- und Innenpolitik, die auch vor der Verehrung Stalins nicht haltmacht.

Das schadet dem Aufbau einer vertrauensvollen Partnerschaft mit der EU. Mehr noch: Das Bild, das die weitgehend gleichgeschalteten russischen Medien und die staatsstreu orthodoxe Kirche vom angeblich dekadenten Westen vermitteln, fördert die Sprachlosigkeit zwischen unseren Völkern. Die verschärfte Gesetzgebung Russlands gegen Nicht-Regierungsorganisationen, die Auslandskontakte haben, erinnert an die schlimmsten Zeiten kommunistischer Repression. Die Reaktivierung des Straftatbestands der antisowjetischen Propaganda durch die Brandmarkung unbequemer Freidenker als „ausländische Agenten“ macht es Russinnen und Russen praktisch unmöglich, mit Ausländern zivilgesellschaftlich zusammenzuarbeiten.

Dem sollten wir entschlossen entgegenreten: Wir brauchen erheblich mehr kulturellen, schulischen, studentischen, wissenschaftlichen und sportlichen Austausch. Wir brauchen weniger staatlichen Kontrollwahn Russlands bei Auslandskontakten. Deutschland sollte mehr Arbeits- und Studienvisa an junge Russinnen und Russen vergeben. Wir sollten das Putin'sche Narrativ vom angeblichen Niedergang der liberalen Gesellschaften durchkreuzen. Wir sollten es beiden Völkern erleichtern, nicht erschweren, sich kennenzulernen. Denn nicht das russische Volk oder der russische Staat sind Gegenstand unserer Kritik, es ist der kleine Kreis der Männer des Regimes im Kreml, der dieses Land autoritär führt - ohne freie Wahlen, ohne Kontrolle durch ein starkes Parlament, ohne pluralistische Medien und ohne unabhängige Gerichtsbarkeit. So führt die russische Führung ihr eigenes Land weiter und weiter ins Abseits, zum Schaden der eigenen Bevölkerung.

Nutzen wir daher jeden möglichen Kontakt mit der russischen Zivilgesellschaft, mit NGOs wie Memorial und vielen anderen mehr und mit unseren russischen Partnern in den liberalen Gremien und unterstützen wir sie bei ihrem mutigen Einsatz für eine moderne, gewaltenteilte, liberale Demokratie in diesem großartigen Land, das so viel mehr sein könnte, wenn man es nur ließe. ●



MICHAEL GEORG LINK ist europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Von 2014 bis 2017 war er Direktor der OSZE-Menschenrechtsbehörde ODIHR. Er ist designiertes Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

@ redaktion@libmag.de

Der Liberalismus ist nicht gescheitert.

Eine pragmatische Antwort auf eine gewagte These von Patrick J. Deneen

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

Akademiker in Amerika lieben große Thesen. Nicht lange nach dem Fall des Eisernen Vorhangs veröffentlichte der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama ein Buch mit dem Titel „The End of History“. Es erschien 1992. In ihm sagte er den endgültigen Sieg der liberalen Demokratie und Marktwirtschaft als Staats- und Wirtschaftsform voraus. Das Buch wurde zum Bestseller, aber die These war falsch, wie wir heute wissen. Denn Populismus und autoritäres Denken sind in den letzten Jahren auf dem Vormarsch.

Ein neuer stabiler Trend? Jedenfalls genug, um wieder einen amerikanischen Politikwissenschaftler zu motivieren, eine große These zu wagen. In „Why Liberalism Failed“ erklärt uns Patrick J. Deneen von der Notre Dame University in Indiana, warum der Liberalismus gescheitert ist. Er liefert also die genaue Gegenthese zu Fukuyama - und sicherlich auch einen Bestseller. Denn das

Buch trifft einen Nerv der Zeit und liest sich gut: ein Essay von gerade mal 200 Textseiten, alles flott formuliert und provokant pointiert, sieht man von einigen lästigen Wiederholungen ab.

Die zentrale These schlägt einen weiten historischen Bogen. Wenn sie von „Liberalismus“ handelt, meint sie jene politische Philosophie, die seit rund 400 Jahren die Freiheit als Ausdruck der Selbstverwirklichung ansieht, also das Erreichen individueller Ziele und Wünsche - im Unterschied zur älteren Konzeption der Antike und des Mittelalters, die Freiheit als Selbstkontrolle und Mäßigung verstand. Seit Thomas Hobbes, John Locke und den Philosophen der Aufklärung wurde der Staat gedanklich über eine Art Sozialvertrag begründet, in dem sich die Menschen rational für eine institutionelle Ordnung entscheiden - unter Maßgabe ihrer persönlichen Präferenzen. Historisch mündete dies in jener liberalen Demokratie, die sich heute in der westlichen Welt in unterschiedlichen konkreten Varianten findet: mit Rechtsstaat, Marktwirtschaft und sozialer Absicherung. So definiert, umfasst der Liberalismus ein beachtliches politisches Spektrum: in Amerika von „repu-

blikanisch-konservativ“ bis „demokratisch-progressiv“, in Deutschland von christlich-sozial bis sozialdemokratisch und grün, mit Christ- und Freien Demokraten dazwischen. Es geht also um eine breite staatstragende Mitte der Gesellschaft.

Deren Liberalismus im weiten Sinne hat laut Deneen komplett versagt, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen hat er die Gesellschaft tief gespalten: in einen neuen „Verdienstadel“, der die Möglichkeiten von Bildung, Marktwirtschaft und Technologie nutzt, um seine eigenen Interessen durchzusetzen, und eine große Gruppe von Verlierern, die sich mit Mühe anpassen, aber immer weiter in Arbeitslohn und sozialem Ansehen abrutschen. Zum anderen hat der Liberalismus jene kulturellen Bindungen und Werte zerstört, die in der vorliberalen Gesellschaft den Menschen Halt und Orientierung gaben - von der Familie über Dorfgemeinschaften bis hin zu Kirchen, Vereinen und Zünften.

Entstanden ist ein Bild der Verwüstung: das Alte verschwunden, das Neue nicht trag-

Foto: Presse Yale University Press (Montage planet c)

fähig. Schlimmer noch: Alle Trends in Wirtschaft, Technologie und Bildung verstärken den Niedergang. Die Globalisierung macht das Wirtschaftsleben total anonym; die Revolution in der Kommunikationstechnik forciert die menschliche Isolierung; und in den Universitäten werden die Geistes- und Sozialwissenschaften zurückgedrängt - mit der Folge, dass junge Menschen immer weniger auf bürgerliche Verantwortung und demokratische Mitsprache vorbereitet sind.

So weit die vernichtende Diagnose. Wie kommen wir aus diesem Desaster heraus? Deneen empfiehlt in einem kurzen Schlussabschnitt - auf ganzen sechseinhalb Seiten - eine „postliberale Praxis“ mit Rückkehr zu kleinteiligen Einheiten. Wörtlich: „the fostering of household economics, and „polis life“ or forms of self-governance that arise from shared civic participation“ (S. 192). Was dies konkret heißt, steht dahin.

Als Liberaler bleibt man am Ende ein wenig ratlos zurück. Bei der Härte und Wucht der Diagnose fallen die Therapieverschlüsse äußerst blass und vage aus. Zumal es manches von dem, was Deneen fordert, tatsächlich schon gibt. So erleben wir mitten

Warum traut Patrick J. Deneen eigentlich dem guten alten Liberalismus so wenig an Reformfähigkeit zu? Hat sich der Liberalismus nicht schon öfter durch Reformen in die Zukunft gerettet?

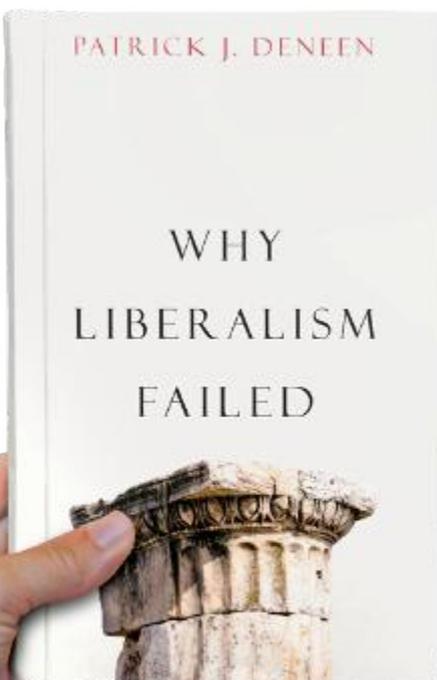
in der Globalisierung längst eine parallele Hinwendung zu regionaler Kreislaufwirtschaft und lokalen Qualitätsprodukten - ganz im Sinne der „household economics“, die der Autor fordert. Allerdings müssen diese wertgebundenen Produktexperimente sich natürlich dem Wettbewerb stellen, denn sonst landet eine Gesellschaft schnell in der hermetischen Stickluft der Protektion, die jede Innovationskraft zerstört.

Ähnliches gilt für die „self-governance“ von gesellschaftlichen Gruppen, die sich auf gemeinsame Werte oder religiöse Überzeugungen stützt. So erwähnt Deneen mehrfach respektvoll die Amischen („Amish-people“), die in den USA als protestantische Glaubensgemeinschaft ihre geschlossene Gesellschaft pflegen und dabei auch Regeln erlassen, die den Bürgerrechten entgegenstehen - etwa das Verbot des Abschlusses von Versicherungen, um die Bindungen in der eigenen persönlichen Schutzgemeinschaft nicht zu schwächen. Entstehen aber nicht dadurch ethisch höchst fragwürdige rechtsfreie Räume, die sich für den Einzelnen zu einem Entzug von wichtigen Bürger- und Freiheitsrechten summieren können? Ein Blick auf den Islamismus in Kontinentaleuropa genügt, um sich der Tragweite des Phänomens bewusst zu werden.

Hier liegt beispielhaft das Kernproblem von Deneens Analyse: Er nimmt alles, was liberale Demokratie und Marktwirtschaft sowie Rechtsstaat erst möglich gemacht haben, als gegeben hin - und beklagt sich dann

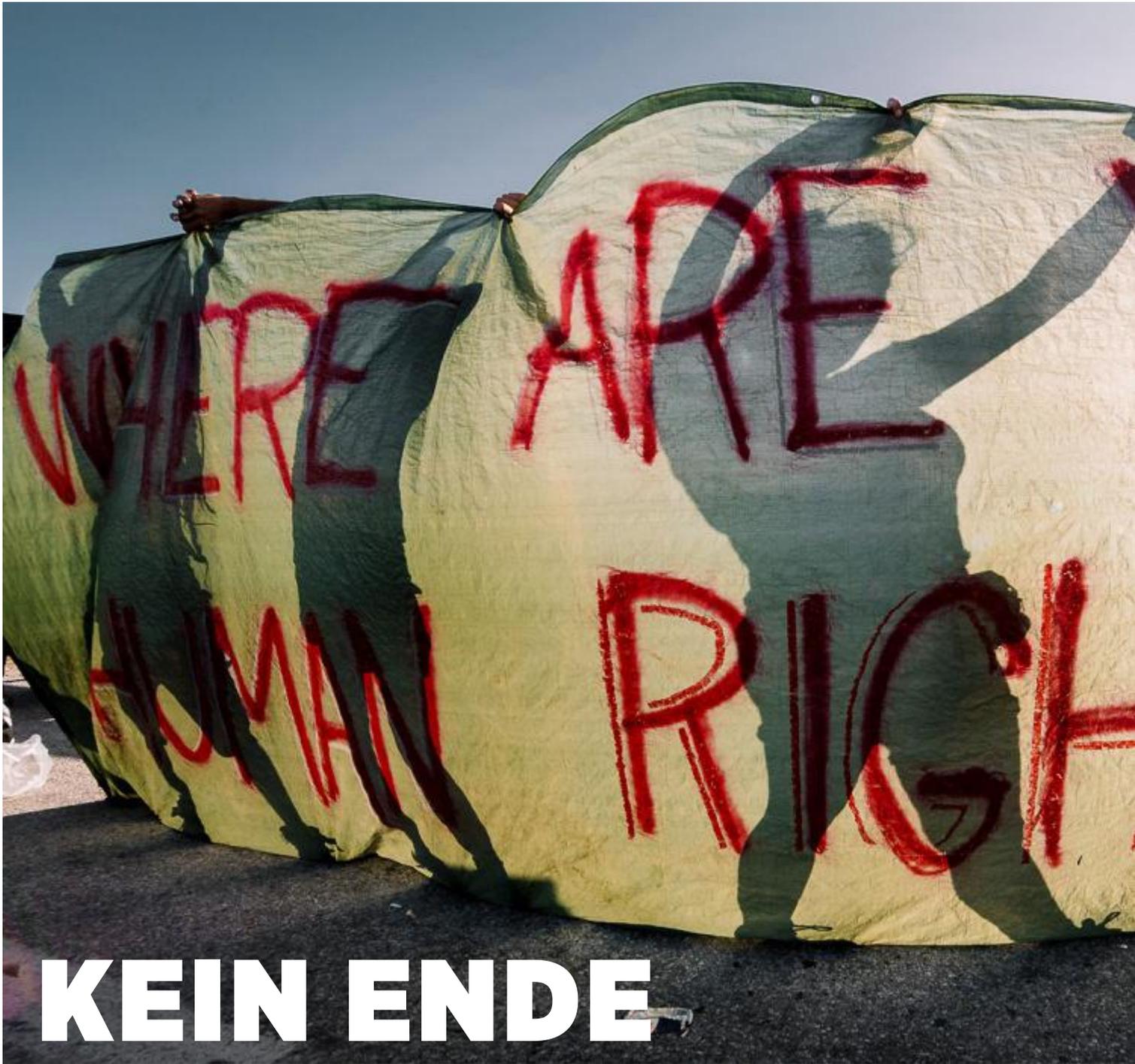
über Kollateralschäden dieser Entwicklung. Seine Rezeptur, die Schäden in der Zukunft zu vermeiden, ist aber geeignet, noch viel größere Schäden zu schaffen - jedenfalls dann, wenn man die Grundwerte der Freiheit und Würde des Menschen achtet.

Nach der Lektüre bleibt eine merkwürdige Frage: Warum traut der Autor eigentlich dem guten alten Liberalismus so wenig an Reformfähigkeit zu? Gibt es nicht doch pragmatische Wege, die Spaltung der Gesellschaft zu mindern und dem Zerfall von Gemeinschaftswerten zu begegnen, ohne den Liberalismus über Bord zu werfen? Hat sich der Liberalismus nicht schon öfter durch Reformen in die Zukunft gerettet? Die Suche nach diesen Reformwegen unterlässt der Autor. Sie ist aber eine der Kernaufgaben der modernen Gesellschaft. Über die kann gerne politisch gestritten werden - zwischen Konservativen und Progressiven in Amerika oder zwischen CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen in Deutschland. Aber bitte im Rahmen einer liberal geprägten Ordnung! ●



KARL-HEINZ PAQUÉ ist designierter Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Nauermann-Stiftung für die Freiheit. Natürlich ist er Liebhaber freiheitlicher Philosophie, liest aber gerne provokante Kritiken am Liberalismus. Ob sie ihn überzeugen, steht auf einem anderen Blatt, wie im Falle von Patrick J. Deneen.

redaktion@libmag.de



KEIN ENDE DER GESCHICHTE

VON THOMAS VOLKMANN

Der große Liberale Ralf Dahrendorf war ein visionärer Denker. Seine Thesen und Kernthemen sind auch heute noch aktuell.



Foto: A. Nurhakim/EyeEm/Getty Images

Im September 1988, also genau vor 30 Jahren, legte Ralf Dahrendorf einen Themenbericht zum Kongress der Liberalen Internationale in Pisa vor, dessen Titel „Die zukünftigen Aufgaben des Liberalismus“ nicht weniger als eine „Agenda für die Politik der Freiheit“ versprach. Aber, so schränkte der Autor gleich ein: „Statt detaillierter Politikvorschläge bietet sie Prinzipien und einen Richtungssinn an.“

Dieser kann auch heute noch Orientierung bieten, denn er deutet über die politischen Probleme und Herausforderungen, spezifisch der 80er-Jahre weit hinaus. Speziell die Ausführungen mit internationalen Bezügen gelten fort.

I.

„Liberale sind selbstbewusste Menschen“, schrieb Dahrendorf schon 1983, „und selbstbewusste Menschen sind liberal. Zeiten der Angst dagegen treiben Menschen in die Arme von Propheten oder in die behagliche Welt von Gewohnheiten.“

Diesen Gedanken führt er auch im Papier von 1988 fort. Liberale sind für ihn immer auch Realisten: „Liberale Politik, der es um die Veränderung der realen Welt geht, um die Lebenschancen realer Menschen voranzubringen, anerkennt sicherlich die außen- und wirtschaftspolitischen Zwänge als ihre Ausgangsbasis.“ Genau diese Zwänge jedoch, so Dahrendorf, erfordern mit all den anderen zu teilende, bestimmte Grundorientierungen:

- Frieden erfordert Beziehungen zwischen den Mächten und ihren Bündnissen, die auf eine Verhandlung über Abrüstung, eine glaubhafte Strategie zur Vermeidung bewaffneter Konflikte und den Ausbau der Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher Systeme abzielen.
- Entwicklung erfordert gemeinsame Anstrengungen all derer, die ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse voranzubringen versuchen, und all derer, die in der Lage sind, Hilfe zu leisten.
- Überleben erfordert konzertierte Maßnahmen zum Schutz der physischen Lebensgrundlagen auf der Erde, die den Schutz und zum Teil auch die Wiederherstellung einer lebensfähigen Umwelt, die kontrollierte Nutzung von Ressourcen und die Abstimmung zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wohlstandspotenzial einschließen.
- Wohlstand erfordert ein Bewusstsein der Kräfte der Weltwirtschaft, das Anpassungsprozesse zur Erzielung von Wettbewerbsfähigkeit mit der Suche nach festen Regeln, insbesondere im Hinblick auf das Währungssystem, verbindet.
- Fortschritt erfordert das Eindämmen fundamentalistischer Politik und die Entwicklung eines vernünftigen weltkulturellen Diskurses.

Die Kernanliegen dieser Punkte sind auch 2018 weiterhin aktuell: Wer denkt beim Stichwort „Frieden“ nicht sofort an Trump und Putin, an Nordkorea, an Syrien? Wer denkt beim Thema „Entwicklung“ nicht sofort an die Bekämpfung weltweiter Fluchtursachen? Wer denkt bei „Überleben“ nicht sofort an Plastikmüll in den Meeren, an gesundheitsschädliche Industrieproduktion in Teilen Asiens, an Klimaflüchtlinge? Wer denkt beim Thema „Wohlstand“ nicht sofort an „America First“, an Protektionismus, Zölle und den mehr oder minder schleichenden Abbau von Freihandel? Wer denkt beim Stichwort „Fortschritt“ nicht sofort an in vielen Regionen der Welt weiterhin vorhandene Diskriminierungen?





An den Anfang der weiteren Erläuterungen stellt Dahrendorf das urliberale Prinzip der Menschenrechte: „Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als politische Philosophie der Bürgergesellschaft und der Rechte, die seine primäre Voraussetzung sind. Alle Menschen sind unverletzlich, und es ist Aufgabe der politischen Gemeinschaft, ihre Integrität zu bewahren. Dies ist eine Schutzaufgabe und eine Aufgabe, die Chancen schafft.“

Die Verletzungen elementarer Menschenrechte, die er (wie zitiert) 1988 ausdrücklich anführte, sind auch heute noch zu beobachten:

- Immer noch werden „in einer erschreckend großen Zahl von Ländern (...) Menschen ohne Gerichtsverfahren verhaftet, unter Ausschluss von Rechtsmitteln in Haft gehalten, misshandelt und gefoltert“.
- Immer noch, in manchen Ländern, „hindern konstitutionelle und rechtliche Barrieren die Menschen mehrheitlich an der Ausübung ihrer Bürgerrechte“.
- Immer noch wird „de facto, wenn auch im Allgemeinen nicht de jure, selbst in den zivilisiertesten Gesellschaften wichtigen Gruppen die volle bürgerliche Teilnahme (...) versagt. Fest verwurzelte soziale Hindernisse stehen einer wirksamen Gleichberechtigung von Frauen und rassischen, ethnischen und religiösen Minderheiten im Weg.“
- Dahrendorf sieht „Zensur, Polizeigewalt, Amtsmissbrauch, die Versagung von Wahlrechten, Informationsfreiheit und viele andere Fragen“. Auch das gilt heute noch, in manchen Regionen sogar noch verschärft.

Auch die zweite Entwicklung, die Dahrendorf 1988 mit großer Sorge sah, gilt aktuell fort: „Die Politik von heute erfordert mündiges und selbstbewusstes Handeln, wenn der Sache der Freiheit Vorschub geleistet werden soll. Zu einem solchen Handeln sind jedoch viele nicht bereit oder nicht in der Lage. Sie versuchen, sich den Anforderungen einer komplexen, interdependenten Welt zu entziehen. Von der nationalistischen Rechten bis hin zur Linken sind Unilateralismus und Fundamentalismus zu populären politischen Philosophien geworden.“

- Von „ökonomischem Nationalismus“ schreibt Dahrendorf hier: „Wenn sie sich jedoch Vorteile durch Errichten von Schranken

für Güter und Dienstleistungen anderer oder künstliche Vorteile für ihre eigenen zu schaffen versuchen, verletzen sie die Spielregeln, die eine notwendige Bedingung von Wohlstand für alle sind.“

- Von den „Bedürfnissen der Entwicklungsländer“ schreibt er: „Das Zusammenwirken von Bevölkerungswachstum, Schuldenlast, Epidemien, der Fragilität indigener Eliten sowie inneren und äußeren Kriegen schafft ein geradezu unheilvolles Dilemma.“
- Von einer „Ausbreitung des so genannten sozialen Protektionismus“ schreibt er: „In vielen Ländern haben sich wichtige Gruppen geweigert, Versuche eines Zusammenlebens mit Andersgläubigen oder Angehörigen einer anderen Rasse fortzusetzen.“

All diese Problemschilderungen gelten heute noch, zum Teil in neuer Ausprägung, zum Teil neu erstarkt, zum Teil aus der Vergangenheit überkommen. Dahrendorf stellt seine Idee der „Weltbürgergesellschaft“ dagegen: „Viele freie Gesellschaften sind multirassische, multiethnische, multikulturelle Gesellschaften. So sollte es sein. Dies erfordert ein komplexes Gemisch aus effektiven Bürgerrechten für alle und Möglichkeiten, Unterschiede zum Ausdruck zu bringen. Gute Gesellschaften sind keine homogenen Gesellschaften, sondern Bürgergesellschaften, und Heterogenität ist ihre Stärke.“



„Wie können wir sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch Bürgerrechte für alle erreichen? Wie können wir ein breites Angebot an Wahlchancen und effektive Zugangsmöglichkeiten zu diesem Angebot für jeden Einzelnen sichern?“ Dahrendorf versteht diese Fragen nicht national oder regional begrenzt, sondern „weltbürgerlich“. „Soziale und politische Maßnahmen sind notwendig, die die Mehrheit möglicherweise als schmerzhaft empfindet, weil sie die Umverteilung von Privilegien mit sich bringen. Ziel ist die erneute Bekräftigung der Bürgerrechte für alle“, so schreibt er. Auch diese Forderung kann - und sollte - man in den internationalen Kontext setzen, wenn man seiner Theorie gerecht werden will. Der Sozialstaat, den er nachlesenswert reflektiert, ist nicht national begrenzt.



„Viele freie Gesellschaften sind multirassische, multiethnische, multikulturelle Gesellschaften. So sollte es sein.“

Ralf Dahrendorf



IV.

„Wenn Liberalismus eines ist“, so Dahrendorf, „dann eine politische Theorie der Neuerung und des Wandels. Individuellen Lebenschancen kann nicht durch Stagnation Genüge getan werden; sie erfordern die unermüdliche Suche nach immer neuen Möglichkeiten.“ Es gilt, das Leben neu zu organisieren, neue Entwicklungen mitzudenken. Und dennoch: „In mancher Hinsicht sind die künftigen Aufgaben des Liberalismus dieselben wie die vergangenen“, schreibt Dahrendorf am Schluss des Papiers. Und auch in der Zeitschleife des „30 Jahre danach“ verliert der Satz nichts an Richtigkeit, denn: „Liberalismus ist ein fortlaufender Prozess - der Prozess, durch den Menschen neue Lebenschancen für weitere Menschen erkunden.“

„Eine neue Welle der Politik der Freiheit baut sich auf“, so Dahrendorf 1988. Noch ist nicht alles verwirklicht, was er skizziert hat. Dies sollte einer Stiftung für die Freiheit als Auftrag genügen! ●

„Liberalismus ist ein fortlaufender Prozess - der Prozess, durch den Menschen neue Lebenschancen für weitere Menschen erkunden.“

Ralf Dahrendorf



THOMAS VOLKMANN ist Mitglied der *liberal*-Redaktion. Er ist schon seit dem Studium Dahrendorf-Anhänger, weil er der Ansicht ist, dass seine Schriften für jede soziologische Problemstellung eine Antwort anbieten. Motto: Praise the Lord.
@ redaktion@libmag.de

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FINDET **FACHARZT**
HOLGER NEUE WEGE.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/holger

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

WO DIE MANAGER HERKOMMEN

VON BETTINA WEIGUNY UND GEORG MECK

Vorstände in Deutschland kommen allesamt aus gehobenen Schichten, wird oft behauptet. Doch die These stimmt nicht. Nur eine Minderheit ist mit goldenen Löffeln aufgewachsen. Viele Topmanager kommen aus einfachen Verhältnissen. Sie haben ihren Aufstieg mit Bildung geschafft.



Der Chef des wertvollsten deutschen Konzerns, SAP, ist der Sohn eines amerikanischen Elektrikers. Der Vater des stolzesten deutschen Industriekonzerns, Siemens, war Fabrikarbeiter im Bayerischen Wald, der neue Chef des weltgrößten Autobauers, VW, ist ebenfalls ein Arbeiterkind (wenn auch mit österreichischem Pass). Und der kürzlich zurückgetretene Vorstandschef von Thyssenkrupp stammt von einem Bauernhof auf der Schwäbischen Alb, der so winzig war, dass er nicht zum Überleben reichte. Der Vater verdingte sich nebenbei als Hilfsarbeiter in der örtlichen Brauerei, die Mutter trug bis ins hohe Alter frühmorgens Zeitungen aus.

Irgendetwas scheint also nicht zu stimmen an der weit verbreiteten Annahme, Deutschlands Manager-Elite sei eine Kaste abgehobener Sprösslinge aus der Oberschicht. Sicher ist: Bill McDermott (SAP), Joe Kaeser (Siemens), Herbert Diess (VW) und Heinrich Hiesinger (Thyssenkrupp) sind anerkannte Manager. Nur: Inwiefern sind sie repräsentativ? Ist ein Aufstieg in die Elite ohne Weiteres möglich?

Auch Taxifahrer schaffen es auf die Weltbühne

Für die Politik fällt die Antwort leichter: Herkunft und formale Bildung geben hier weniger den Ausschlag. Im Berliner Regierungsviertel wimmelt es von Kleinteilnehmern und Studienabbrechern, selbst ehemalige Taxifahrer schaffen es auf die Weltbühne. Angela Merkel wuchs in der ostdeutschen Nische, im protestantischen Pfarrhaus, auf. Ihr Vorgänger Gerhard Schröder kam von ganz unten: Vater Jahrmaklarbeiter, gefallen im Krieg, Mutter alleinerziehende Putzfrau. Dieser Aufsteigermythos hat Schröder, Jurist auf dem zweiten Bildungsweg, bis ins Kanzleramt getragen. An die Macht beförderte ihn keine Eliteschule, kein Dokortitel, kein großbürgerlicher Habitus. Machtinstinkt, Chuzpe, freches Mundwerk - das war es, was ihm an die Spitze half.

In der Wirtschaft sei das alles anders, geregelter, formeller, lautet eine beliebte These. Hier bestimmen nicht Parteifunktionäre oder das unberechenbare Volk über das Schicksal. In den Unternehmen setzen sich die Kinder aus der Oberschicht durch, so weit das Vorurteil. Die Elite ist demnach ein geschlossener Zirkel: Zutritt für Außenstehende verboten. Privatschule, MBA und dann mit Papas Kontakten schnurstracks in den Vorstand. Derweil strampeln sich die Mittelschicht vergebens ab, gefangen in einer Gesellschaft, die so undurchlässig ist wie eine Wand aus Beton.

Meritokratie? Aufstieg durch Leistung? Von wegen, nichts als leere Versprechen, behauptet der Zeitgeist.



Irgendetwas scheint also nicht zu stimmen an der weit verbreiteten Annahme, Deutschlands Manager-Elite sei eine Kaste abgehobener Sprösslinge der Oberschicht.

Befeuert wird dieses Gefühl der Ungerechtigkeit von Leuten wie dem klassenkämpferischen Soziologen Michael Hartmann. Es sei ein Trugschluss, dass „vorrangig die individuelle Leistung über die Karriere entscheidet“. Mit dieser Botschaft zieht der mittlerweile emeritierte Professor aus Darmstadt durch die Lande: „Von einer sozialen Öffnung der Eliten kann keine Rede sein. Die Unternehmen rekrutieren ihre Führung überwiegend aus den oberen knapp fünf Prozent der Gesellschaft.“ Herkunft schlägt alles. Herkunft entscheidet über die Karriere.

Haben die anfangs genannten Emporkömmlinge sich also in die Chefetagen verirrt? Recherchen bei den 30 größten Konzernen im Land wie in der Start-up-Szene ergeben ein völlig anderes Bild. Nur die absolute Minderheit ist mit Vorstandschaffeur aufgewachsen. Selbst in der Finanzindustrie, einer besonders konservativen Branche, wird die Spitze keineswegs von Oberschichtskindern dominiert. Der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, stammt aus einem Bauern- und Gasthof nahe Buxtehude.

Der Vater des eben geschassten Nachfolgers John Cryan verdiente sein Geld als Jazzmusiker, und der Vater von Paul Achleitner, dem Mann, der als Aufsichtsratschef der Deutschen Bank die Herren Fitschen wie Cryan ins Aus beförderte, arbeitete in Oberösterreich zwar in einer Bank, aber nicht als Chef, sondern so tief in der Hierarchie, dass unter ihm niemand mehr kam, wie Sohn Paul erzählt.



Der Vater von Commerzbank-Chef Martin Zielke wiederum war Abteilungsleiter im Sozialamt der Stadt Kassel, die Mutter hat in einem Zeitungshaus in Nordhessen Lochstreifen gestanzt, was dem Sohn dort immerhin einen lässigen Ferienjob zum Kehren und Fegen eingetragen hat. So viel zu den goldenen Löffeln. So viel zu den angeblichen Sprösslingen der oberen fünf Prozent.

„Ich habe immer tagsüber gearbeitet.“

All diese Manager eint, dass sie finanziell wie gesellschaftlich einen gewaltigen Sprung nach oben gemacht haben. Schon auf dem ersten Lohnzettel von Allianz-Chef Oliver Bäte, damals McKinsey-Berater, stand ein Vielfaches von dem, was sein Vater je verdient hat. Finanziert hat sich Bäte den Aufstieg nach einer Bankleh-



„Bildung, Bildung, Bildung“, antworten die Topmanager auf die Frage, wie sie es aus gewöhnlichen Verhältnissen nach oben geschafft haben.

re alleine: „Ich hatte leider nicht das Vergnügen, ein tolles Stipendium zu kriegen oder reiche Eltern zu haben, sondern ich habe immer tagsüber gearbeitet und bin abends zur Schule gegangen.“

„Bildung, Bildung, Bildung“, antworten die Topmanager auf die Frage, wie sie es aus gewöhnlichen Verhältnissen nach oben geschafft haben. Aus diesem Grund ist die Riege der Dax-Vorstände heute längst nicht mehr so homogen wie vermutet. Das bestätigen Headhunter wie Christine Stimpel, Partnerin von Heidrick & Struggles: „Es hilft, wer zu Hause bestimmte Werte mitbekommt - das ist aber keine Frage des Geldes.“ Der Mythos von der alles entscheidenden Herkunft ist demnach so überholt wie der Glaube, die besten Geschäfte würden auf dem Golfplatz gemacht.

Gewiss, Nikolaus von Bomhard, der brillante Ex-Chef der Münchener Rück, entstammt altem Adel. Und Martin Blessing, von der Commerzbank in den UBS-Vorstand nach Zürich gewechselt, kommt aus einer Banker-Dynastie: Sein Großvater war der Präsident der Bundesbank, sein Vater Vorstand der Deutschen Bank. Als Beweis für die generelle Undurchlässigkeit der Wirtschaftselite taugen sie jedoch so wenig wie Johannes Teysen (Eon) und Harald Krüger (BMW), der Erste Sohn eines Richters, der Zweite Sohn eines promovierten Physikers.

Wenn Soziologen anhand der offiziellen Lebensläufe der Vorstände die Oberschichtskinder auszählen, ist das Ergebnis schon deshalb schräg, weil mancher Aufsteiger Hemmungen hat, seine kleinbürgerliche Herkunft zu offenbaren. Typisch dafür ist der tadellose Vorstand, der auf keinen Fall möchte, dass darüber geschrieben wird, wie prekär es im elterlichen Obstbauernbetrieb zugegangen ist.

Wann gilt ein Elternhaus als reich?

Und dann wäre noch die Frage zu klären, welches Elternhaus überhaupt zur „Oberschicht“ zählt: Jeder Lehrer, da Akademiker, jeder Handwerksmeister, sofern er einen eigenen Betrieb hat? Schwer abzugrenzen. Ist Christian Sewing, der neue Chef der Deutschen Bank, schon deshalb ein Zögling der Oberschicht, nur weil sein Vater Miteigentümer einer kleinen westfälischen Druckerei war? Oder Kurt Bock, der scheidende BASF-Chef? „Vater Hotelier“, vermerkt der offizielle Lebenslauf. Das mag nach Großkonzern klingen, in Wahrheit handelt es sich um einen kleinen Familienbetrieb in Ostwestfalen. Lehrreich war die Kindheit trotzdem, berichtet Bock: „Es hilft für die unternehmerische Karriere, wenn man zu Hause früh anpackt.“

So oder so ähnlich reden sie alle, die Aufsteiger, die heute Zehntausende Angestellte befehligen. Bayer-Chef Werner Baumann, der mit Monsanto gerade eine 60-Milliarden-Übernahme stemmt, lernte in der elterlichen Bäckerei, was es heißt, früh aufzustehen, und wie anstrengend der Kampf gegen übermächtige Konkurrenz ist. Oder Multi-Aufsichtsrat Herbert Hainer, der langjährige Adidas-Herrscher: ein Metzgersohn aus Dingolfing, der über die Fachhochschule Landshut in die Liga der Global Player vorstieß. Was „Cashflow“ bedeutet, hat er mit Kleingeld an der Fleischertheke gelernt.

Im Fall von Siemens deuten schon die Geburtsorte mancher Vorstände tief in der Provinz darauf hin, dass sie nicht dem Zentrum der Hochfinanz entsprungen

sind. Nichts gegen die Fachhochschule Regensburg, wo Joe Kaeser - ursprünglich Josef Käser - studiert hat: Aber Harvard ist davon mindestens so weit entfernt wie der Bayerische Wald von der Wall Street. Kaeser hat keinen MBA, aber beste Kontakte zur freiwilligen Feuerwehr, Siemens geht es blendend.

Seinem Vorgänger Klaus Kleinfeld, Arbeiterkind aus Bremen, ward es ebenso wenig an der Wiege gesungen, dass er einmal Chef von Siemens oder Alcoa würde und ihm hinterher saudische Scheichs 500 Milliarden Dollar in die Hand drücken, damit er eine gigantische Stadt in der Wüste aufbaut. Genau das hat Kleinfeld gerade vor.

Leistung soll sich lohnen

Nun ließe sich einwenden, die Beispiele entstammten der Generation 50+, die Jugend habe es schwerer, vorwärtszukommen. Tatsächlich wird in der nächsten Managergeneration der Anteil der Akademikerkinder steigen, das aber ist pure Mathematik, schließlich hat der Anteil der Akademiker in der gesamten Bevölkerung zugenommen. Genau das war Ziel der deutschen Bildungsoffensive.

Deswegen muss selbst Soziologieprofessorin Jutta Allmendinger, von Haus aus eher links gestrickt, zugeben: So ungerecht geht es im Land nicht zu. In ihrer Studie „Entscheidungsträger in Deutschland“ räumt Allmendinger ein, dass „überraschend viele“ heutige Oberschichtler trotz ihrer Herkunft aus bildungsfernen Haushalten über einen sehr viel höheren formalen Bildungsstand verfügten als ihre Eltern: „Sie gelangten als Bildungsaufsteiger in Führungspositionen.“ So soll es sein: Leistung soll sich lohnen.

„Wir sollten stolz darauf sein, wie durchlässig die deutsche Wirtschaft ist, nach oben wie nach unten“, sagt deshalb der in Zürich residierende Headhunter Christoph Zeiss, der davon lebt, Banken und Industriekonzerne mit neuen Chefs zu versorgen. Aufstiegshungrige Mittelschichtskinder hätten hierzulande deutlich bessere Chancen als etwa in Großbritannien oder Frankreich, sagt er.

Wie immer in der Wirtschaftsgeschichte, ist die soziale Mobilität in Zeiten von Umbrüchen besonders hoch, das war so im Kaiserreich wie im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit, dafür finden sich auch Beispiele in der heutigen Start-up-Szene, wo digitale Pioniere die Welt aus den Angeln zu heben versuchen: Neben den Samwer-Brüdern, Söhne aus einer wohlhabenden Kölner Anwaltsfamilie, tummeln sich in Berlin Bauernjungs wie



Hinter dem heißesten deutschen Start-up momentan, dem Gebrauchtwagenhändler „Auto1“, steht der Sohn türkischer Einwanderer.

Robert Gentz, Zalando-Gründer und Multimillionär von eigenen Gnaden.

Hinter „Weltsparen“, einer der erfolgreichsten jungen Finanzfirmen, steht ein hochbegabter Migrant aus Georgien namens Tamaz Georgadze, und hinter dem heißesten deutschen Start-up momentan, dem Gebrauchtwagenhändler „Auto1“, der Sohn türkischer Einwanderer: In nicht mal fünf Jahren hat Hakan Koç es mit seiner Firma zum Milliardenär gebracht, der Zutritt zur Wirtschaftselite ist damit gesichert. ●

Christine Stimpel war zuvor Deutschland-Chefin von Heidrick & Struggles und ist mittlerweile Partnerin. Diese Veränderung hatte sich zwischen Buchrecherche und -veröffentlichung ergeben.

BETTINA WEIGUNY ist freie Journalistin und Autorin für das Wirtschaftsressort der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* und andere Medien. Ihr letztes Buch trug den Titel „Her mit der Million“.

GEORG MECK ist Verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und das Ressort „Geld & Mehr“ der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Für seine Unternehmer-Porträts erhielt er 2002 den Quandt-Medienpreis.

@ redaktion@libmag.de

Eine frühere Fassung dieses Essays wurde von der *Frankfurter Allgemeine* publiziert.

KLIMASCHUTZ FINDET IN DEN KÖPFEN DER KREATIVEN STATT

VON LUKAS KÖHLER

Der Klimawandel stellt die Politik in nahezu allen Bereichen vor enorme Herausforderungen. Deshalb nehmen Liberale zwei Ebenen in den Blick: Neben der Begrenzung des Klimawandels steht die Anpassung an seine Folgen im Fokus.

Wie in kaum einem anderen Politikfeld sind Erfolg und Misserfolg in der Klimapolitik abhängig von den Anstrengungen möglichst aller Staaten der Erde im Kampf gegen den Klimawandel. Die „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“, so die Formulierung im Pariser Klimaabkommen, trägt den Differenzen hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit insbesondere zwischen den Ländern des globalen Südens und Nordens Rechnung. Dieser Grundsatz prägt auch die Berliner Erklärung zur Klimagerechtigkeit, die beim 200. Treffen des Exekutivkommittees von Liberal International im Juni beschlossen wurde - passenderweise im Hans-Dietrich-Genscher-Haus, das nicht nur nach dem langjährigen Außenminister und FDP-Vorsitzenden benannt ist, sondern auch nach dem de facto ersten deutschen Umweltminister.

Dass sich Liberale auf der ganzen Welt mit der Klimapolitik auseinandersetzen, folgt einem Konzept. Die Folgen des Klimawandels stellen die Politik in nahezu allen Bereichen vor enorme Herausforderungen. Und wenn immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen müssen, weil Naturkatastrophen ihre wirtschaftlichen Existenzgrundlagen zerstören, wenn gewaltsame Konflikte und politische Instabilität gerade in den ärmeren Regionen



der Welt drohen, sind die Lebenschancen und grundlegende Freiheitsrechte der Betroffenen in Gefahr. Daher sind gerade Liberale gefordert, sich dem Problem zu stellen und Lösungen zu finden.

In der Berliner Erklärung bekennen sich die liberalen Vertreter eindeutig zu dem Ziel, die Emissionen aller wirtschaftlichen Aktivitäten zu senken und langfristig auf null herunterzufahren. Verantwortungsvolle Klimapolitik insbesondere im Sinne nachfolgender Generationen zu betreiben bedeutet gleichzeitig, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu treffen. Niemand kann mit Gewissheit sagen, wie erfolgreich unsere Bemühungen im Klimaschutz letztendlich sein werden. Denn niemand weiß, wie sich die globale Klimapolitik in Zukunft verändern wird - der Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen hat dies mehr als verdeutlicht. Außerdem sind exakte Vorhersagen für Zeitpunkte in zehn oder zwanzig Jahren selbst mit den besten wissenschaftlichen Modellen unmöglich. Deshalb ist es wichtig, zweigleisig zu fahren und neben der Begrenzung des Klimawandels auch die Anpassung an seine Folgen in den Blick zu nehmen.

Aus der Not eine Tugend machen

Dazu sind Vorsorgemaßnahmen notwendig, um beispielsweise die Gefahren durch schwere Überschwemmungen zu reduzieren oder landwirtschaftliche Produktionsverfahren an sich verändernden klimatischen Bedingungen auszurichten. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit kann auf diese Weise durch einen verstärkten Know-how-Transfer aus der Not sogar noch eine Tugend gemacht werden, wenn auf diese Weise Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wird und daraus neue Geschäftsmodelle in den betroffenen Regionen entstehen.

Getragen wird die Berliner Erklärung von drei Prinzipien, die den Kern dessen beschreiben, was die Klimapolitik der Liberalen von anderen unterscheidet: vom Optimismus und dem Glauben an die menschliche Kreativität, Lösungen für Probleme zu finden. Von einem anthropozentrischen Weltbild, das den Nutzen für die Menschen in den Mittelpunkt der Politik stellt - das Klima zu schützen ist daher kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, um die Menschen vor den drohenden dramatischen Konsequenzen zu schützen.

Diese Motivation hatte bereits Genscher angetrieben. Sein Wunsch war, dem Schutz der Umwelt Verfassungsrang zu geben, was er 1970 mit Artikel I des Grundgesetzes begründete. „Nichts Geringeres

als die Würde des Menschen wird durch die Zerstörung und Schädigung seiner Umwelt angetastet“, erklärte Genscher damals in einer Rede im Bundestag.

Schließlich ist auch Polyzentrismus ein Faktor für eine erfolgreiche Klimapolitik. Sie benötigt dezentrale Entscheidungsstrukturen, um die regional oft völlig unterschiedlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen und gleichzeitig auch die Grundlagen für einen institutionellen Wettbewerb zu schaffen. Denn wenn alles „von oben“ vorgegeben wird, besteht wenig Anreiz, vor Ort nach noch besseren Lösungen zu suchen. So wird letztlich auch den privaten Initiativen insbesondere in den Unternehmen mehr Platz gelassen, ihr Potenzial auszuschöpfen.

Keine Denkverbote und strikte Vorgaben

Auch, wenn der Gedanke für Vertreter manch anderer politischer Strömung befremdlich wirken mag: In vielen klugen Köpfen lauern sehr viel mehr Ideen, als sich Politiker und Beamte in Parlamenten und Ministerien ausdenken könnten. Die Vertreter der Liberalen aus aller Welt wollen der Kreativität freien Lauf lassen, damit neue Technologien einen möglichst großen Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Überregulierung, Bürokratie und strikte Vorgaben schränken den Bewegungsspielraum erfahrungsgemäß nur unnötig ein.

Die Berliner Erklärung ist ein Plädoyer für eine ambitionierte, aber rationale Klimapolitik. Die Ziele aus dem Pariser Abkommen bilden den politischen Rahmen dafür. Innerhalb dieses Rahmens kann der Glaube an die menschliche Kreativität und damit an den technischen Fortschritt sehr viel mehr bewirken als staatlicher Dirigismus und Bevormundung. Diese Einsicht muss jedoch in der Weltgemeinschaft genau wie in Europa und in Deutschland noch Raum bekommen. Der Schutz der Menschen vor den drohenden Folgen eines ungebremsten Klimawandels ist es jedenfalls wert, gemeinsam mit den liberalen Partnern in aller Welt dafür zu kämpfen. ●



LUKAS KÖHLER ist als Obmann der Fraktion der Freien Demokraten im Umwelt- und im Menschenrechtsausschuss. Als Vater eines zweijährigen Sohnes steht für ihn die Generationengerechtigkeit im Fokus seines Engagements für den Klimaschutz.

@ redaktion@libmag.de

NÄCHSTEN- LIEBE TO GO



Zwei Kaffees zahlen – einen trinken. Der andere wird „aufgeschoben“, gespendet für Bedürftige. So funktioniert die Initiative von Laura Kaldinski in einem angeblichen Brennpunkt im Ruhrgebiet.

VON STEFAN KREITZWOLF

Es zischt und heißer Dampf entweicht aus der Espressomaschine. Im Raum macht sich der Geruch von frisch gebrühtem Kaffee breit. Aus den Boxen kommt sanfter Sound. Das Mobiliar ist zusammengewürfelt – irgendwas zwischen Space-Age und Landhausstil. In einer Sitzzecke im Dortmunder Café „Luups“ dreht sich Laura Kaldinski lächelnd zum Raum. Die 26-Jährige ist Social-Media-Managerin, Foodbloggerin und seit Kurzem auch soziale Aktivistin. Mit Kaffee will sie ein soziales Miteinander schaffen. Das Konzept dahinter ist einfach: Wer seinen Mitmenschen Gutes tun will, kann das ganz einfach beim nächsten Café-Besuch tun und einem Unbekannten einen Kaffee spenden. „Einfach aufschieben“, nennt Kaldinski das. Die „aufgeschobenen“ Bestellungen werden auf kleinen, schwarz-weißen Karten notiert, auf denen das Logo von Kaldinskis Foodblog „Leib und Seele“ prangt, und an eine Tafel gepinnt. Wer will, darf sich dort bedienen. Kaldinski setzt die Idee in ihren Stammcafés um. Im „Luups“ kann man auch nichtalkoholische Kaltgetränke und kleine Speisen spenden. „Das alles basiert auf Ehrlichkeit“, sagt Kaldinski und ergänzt: „Das Konzept richtet sich nicht nur an Obdachlose und Arme, sondern an alle, die in Not sind und sich gerade keinen Kaffee leisten können.“

Aber ist das wirklich sozial? Oder benötigen Bedürftige nicht andere, wichtigere Dinge als einen Latte Macchiato? „Vielleicht“, sagt Kaldinski, „aber es geht hier auch nicht ums Überleben, sondern um soziale Teilhabe.“ Die Idee: Wer in einem schönen Café einen guten Kaffee bekommt, der fühlt sich nicht mehr so zurückgelassen. „Außerdem ermöglicht es jedem einen kleinen Genussmoment“, sagt

Kaldinski. Niemand müsse sich dafür schämen, etwas anzunehmen. Oft ist es die Hemmschwelle, die das einfache Miteinander verhindert. Wer nimmt schon gerne einen Kaffee als Almosen an?

Nicht neu, aber gut

In den USA ist das anders. Die warme Spende ist dort seit Jahrzehnten unter dem Namen „suspended coffee“ bekannt, in Italien heißt sie „caffé sospeso“. Aus Neapel stammt ursprünglich die Idee des „Aufschiebens“. Dort ist es bis heute Tradition. Auch in Deutschland ist Kaldinski nicht die Erste, die den „caffé sospeso“ im wahrsten Wortsinne salonfähig macht. Die Initiative „Suspended Coffee“ verbreitet die Idee schon lange auf ihrer Internetseite. „Klar, die Idee ist nicht neu, aber gut, und sie schießt gerade durch die Decke“, sagt Kaldinski. In Dortmund ist das „Aufschieben“ bereits in fünf Cafés und Restaurants möglich. Sie ist über das große Interesse selbst etwas überrascht. Das sei zwar alles viel Arbeit, aber für den guten Zweck tue sie das gern, sagt sie. Die junge Frau lächelt viel, wenn sie mit interessierten Menschen über ihre Initiative spricht.

Das ist erstaunlich. Denn Kaldinski hat vor mehr als einem Jahr ihre Essstörungen und die damit verbundene Depression in den Griff bekommen. „Damals habe ich immer gebacken, die Torten abfotografiert und gepostet, als Alibi, um meine Essprobleme zu vertuschen“, erzählt die junge Frau. Während ihr Foodblog immer größere Torten zeigte, nahm Kaldinski, die „in der Schule das Mopelchen“ war, wie sie sagt, immer mehr ab. Die Neuauflage ihres Foodblogs und ihr soziales Projekt waren wie eine Selbsttherapie.



Heute wirkt Kaldinski vital. Mit ihrem Projekt hat sie große Pläne und will expandieren. „Auch dort, wo die Leute richtig arm sind.“

„Käffchen“ im sozialen Brennpunkt

Szenenwechsel: Dortmunder Nordmarkt, ein Viertel, das gemeinhin als sozialer Brennpunkt gilt. Auf dem begrünten Platz ist viel los. Kinder spielen Fangen, Männer fläzen sich auf Parkbänken und knacken Sonnenblumenkerne, deren Schalen sie auf die gesprungenen Bodenplatten spucken. Die knallbunten Kopftücher der Frauen schimmern in der Maisonnette. Im „Grünen Salon“ steht Milena Rethmann hinterm Tresen. Die 31-Jährige ist Miteigentümerin des einzigen Cafés am Platz. Sie hat viel zu tun. Die Tische sind voll besetzt. Für die Länge einer Zigarette kommt sie nach draußen auf die platzseitige Terrasse des Cafés. „Kurz durchatmen“, wie sie sagt. Auf ihrer Stirn glitzern Schweißperlen. Und dann legt sie los: „Endlich macht mal einer was Sinnvolles“, sagt Rethmann und meint Kaldinskis „Leib-und-Seele“-Projekt.

Die schwarz-weißen Kärtchen hängen auf einer Leine im Schau- fenster des Lokals. „Wenn mal jemand kein Geld dabei hat, sag‘ ich immer: ‚Komm, wir gehen mal zur Wäscheleine‘“, berichtet Rethmann. Häufig muss sie Bedürftige dann regelrecht dazu drängen, einen „Aufgeschobenen“ zu trinken. „Die Leute in der Dortmunder Nordstadt sind zwar arm, aber trotzdem zu stolz, etwas anzunehmen“, erzählt sie. „Da kommt das beste Beispiel!“ Sie meint eine ältere Dame, schätzungsweise Anfang 70, grauer Zopf, die in ihrer dicken, zerschlissenen Jacke und mit ihrem Rollator schlingern auf

die Terrasse zusteuert. Dort angekommen, rückt sie Stühle gerade, grüßt in die Runde und umarmt Rethmann. Im vorderen Korb ihres Wägelchens stapeln sich die Pfandflaschen. „Käffchen?“, fragt Rethmann. „Nee, kein Geld“, sagt die Frau. „Dann nimm doch einen von der Leine“, setzt Rethmann an. Die Frau unterbricht: „Nein, das geht so nicht.“ Doch Rethmann ist schon unterwegs, schnappt sich einen „Leib und Seele“-Zettel und bereitet hinter dem Tresen einen schwarzen Filterkaffee zu. Als sie wiederkommt, die Tasse in der Hand, glüht ihre Zigarette noch im Aschenbecher. Die alte Dame setzt sich neben sie. „So geht das“, sagt Rethmann und lacht.

„Wenn jeder nur ein bisschen gibt, geht es allen gut“, sagt die Café-Besitzerin. Deswegen sei der „aufgeschobene“ Kaffee so wichtig. Rethmanns Zigarette ist aufgeraucht. Die nächsten Gäste kommen. Sie muss wieder hinter den Tresen. Das Geschäft muss schließlich auch am Nordmarkt weitergehen. ●

🌐 **Foodblog von Laura Kaldinski:** www.instagram.com/fuerleibundseele
Internetseite zur Initiative: <http://www.suspendedcoffee.de>



STEFAN KREITEWOLF war erst skeptisch, ob Bedürftige wirklich Kaffee benötigen. Nach einem Besuch in Dortmund ist er sich sicher: Es geht nicht in erster Linie um Kaffee, sondern um ein soziales Miteinander.

@ redaktion@libmag.de



Putins Park und Kreativität in Zeiten der Repression

VON CHRISTOPH GIESA

In Russland greift die antiliberale Politik unter Präsident Wladimir Putin immer weiter um sich. In einer Ausstellung im Shchusev Museum für Architektur in Moskau thematisieren junge Künstler Überwachungsstaat, Korruption und Propaganda im Land auf intelligente Weise.

Liberale in Russland haben es alles andere als leicht. Viele von ihnen sind von steigender Repression betroffen.

Sie suchen daher nach neuen kreativen Wegen, um Diskussionen um Werte und Politik zu ermöglichen. Im Rahmen ihrer Reihe „Architektur und Freiheit“ unterstützt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Moskau daher eine Ausstellung im Shchusev Museum für Architektur, unweit des russischen Machtzentrums. Im Fokus der Künstler steht die kritische Auseinandersetzung mit dem Zaryadye-Park, der sich seit

Kurzem direkt hinter dem Kreml entlang der Moskwa ausbreitet und auf den ersten Blick eine durchaus gelungene Oase zu sein scheint. Bei näherem Hinsehen eignet er sich allerdings auch als Sinnbild für die antiliberale Politik, die im Russland unter Wladimir Putin immer weiter um sich greift.

Die Werke der Künstler ermöglichen unterschiedliche Perspektiven, die dem Besucher des Parks in der Regel verborgen bleiben. Der Künstler Alex Korsi etwa zeigt mit einer ausgestopften Taube auf einem Lautsprecher, wie künstlich die Anmutung von

Natur bleibt. Während Vogelstimmen vom Band die Besucher bezirzen, sitzen auf Lautsprechern im Park Überwachungskameras.

Die Architektin Maria Kremer sieht in dem Park eine der vielen Fassaden, die von dem ablenken sollen, was wirklich in Russland vorgeht - und hat das in Form einer großen Installation, einer „Falschfassade“ vor dem Museum, thematisiert. Nun ist Kritik an staatlichen Großprojekten, zumal aus der Kunstszene, kein allein russisches Phänomen. Spätestens im Rahmen einer Diskussion mit Künstlern und Gästen wurde aber



Gäste betrachten „Putin auf jeder Fliese“



„Vorahnung von Liebe“ von Alex Korsi

deutlich, wie bedrohlich die Auseinandersetzung mit Überwachungsstaat, Korruption und Propaganda im heutigen Russland wirken kann.

Alleine der Blick auf die Entstehung des Parks lässt erahnen, wie es um das Verhältnis zwischen Führung und Bürgern bestellt ist. Während einer Fernsehsendung fragte der Moskauer Oberbürgermeister Sergej Sobjanin seinen verehrten „Wladimir Wladimirowitsch“ Putin, was denn mit der Brache an der Moskwa geschehen sollte. Der wiederum antwortete dem verehrten „Sergej Semjonowitsch“, dass man dort einen Park für das Volk bauen sollte, woraufhin der verzückte Oberbürgermeister den Präsidenten für seine Weisheit und seine klugen Ideen pries. Ein Mitspracherecht der Stadtbevölkerung war ebenso wenig vorgesehen wie eine Diskussion über die Kosten. Über ein Geschenk des Zaren hatte man sich schon immer ergeben zu freuen.

Der Park Zaryadye ist damit nur ein weiterer Baustein eines Mythos, an dem der

Kreml seit Jahren baut: Seht her, der Präsident ist derjenige, der alles Große quasi alleine erschaffen kann. Das Volk muss sich um nichts kümmern, außer natürlich darum, den großen Plänen nicht im Weg zu stehen. Was in Russland passiert, ist dabei nicht weniger als eine Umkehrung des demokratischen Gedankens, nach dem eine Regierung die Macht von der Bevölkerung als Geschenk - und als Auftrag - auf Zeit zuerkannt bekommt. Unter Putin ist er es, der der Bevölkerung nach Gutdünken Geschenke macht - oder ihr die Gunst entzieht.

Ein Teilnehmer der Diskussion erinnerte an Friedrich Dürrenmatts Bühnenstück „Der Besuch der alten Dame“. Dort wissen alle, dass einer von ihnen am Ende einen Mord begehen wird - nur eben nicht wer. Der Teilnehmer vermutete, dass es sich mit dem Park ähnlich verhalte. Zwar habe auch er als Moskauer den Park „geschenkt“ bekommen und durchwandle ihn gerne, aber er sei sich sicher, dass am Ende irgendwer für Geschenke dieser Art geopfert werde. Er wisse nur noch

nicht, wer das sein werde. Die Antwort darauf kam schnell: Es sei die Zivilgesellschaft - und ihre Möglichkeit, die Stadt mitzugestalten.

Auch dank des Mutes der Museumsdirektorin konnte die Ausstellung trotz allem eröffnet werden, während eine unpolitischere Ausstellung gleichzeitig aus einem anderen Moskauer Museum verbannt wurde. Vielleicht hat in diesem Fall die Selbstzensur, die einzelne Künstler zugaben, tatsächlich eine positive Wirkung gehabt. Die Künstlerin Anna Schebtschenko etwa entschied sich gegen ihre eigentliche Idee, den vollständigen Machthaber auf „jeder Fliese“ ihres Werkes abzubilden, und schaffte so gewissermaßen ein Putin-Puzzle. Immerhin ergab sich so eine neue Möglichkeit der Deutung, wie Schebtschenko feststellte: „So kann sich jeder das Körperteil Putins aussuchen, das ihn persönlich unterdrückt.“ Der Satz sorgte für einen kurzen Moment des Lachens, das aber den meisten der Anwesenden relativ schnell im Halse stecken blieb. Zu ernst ist die Situation inzwischen in Russland. ●

Fotos: FNF



CHRISTOPH GIESA ist ein liberaler Publizist, der für die offene Gesellschaft streitet. In Moskau konnte er ihr Zerrbild erleben - und doch mit Gleichgesinnten über Freiheit

diskutieren. Zuletzt erschien von ihm „Gefährliche Bürger“ bei Hanser.

@ redaktion@libmag.de



Seit sieben Jahren ist die Wehrpflicht ausgesetzt. Die Idee von der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Erwachsene in Deutschland sorgt seit dem Sommer für Diskussionen. *liberal* hat die Debatte verfolgt. Ein Überblick:

VON THOMAS LUTHER

IN DER PFLICHT AUS DEM GLEICHCHRITT



Foto: A. Berry/Getty Images

Warum wurde die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft?

Für die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 gab es ein Bündel aus sicherheitspolitischen, finanziellen und rechtlichen Gründen. Die Regierung ging davon aus, dass die Bundeswehr künftig vornehmlich als Krisenreaktionskraft in Auslandseinsätzen benötigt würde und nicht mehr in erster Linie für Bündnis- und Landesverteidigung. (...) Also, so die Logik, brauche es eine kleinere, aber hochprofessionelle Armee von Spezialisten. Die Bundeswehr wurde deshalb von rund 255.000 Soldaten auf bis zu 185.000 verkleinert (...). Schon mit der Größe von einer Viertelmillion Soldaten war die Wehrgerechtigkeit nicht mehr gewährleistet. Nur ein Bruchteil der jeweiligen Jahrgänge wurde noch zum Dienst gezogen - und das nach recht willkürlichen Kriterien.

Welt vom 7.8.2018

Wäre die Wiedereinführung rechtlich und faktisch möglich?

Rechtlich ja. Die Wehrpflicht wurde nur ausgesetzt. Sie steht weiter im Grundgesetz. (...) Aber: Die Bundeswehr ist mittlerweile viel zu klein, um ganze Jahrgänge junger Leute absorbieren zu können, die Wehrgerechtigkeit wäre noch weniger gewährleistet als noch 2011.

Welt vom 7.8.2018

Welche verfassungsrechtlichen Hindernisse gibt es für eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen?

Eine allgemeine Dienstpflicht für alle Männer und Frauen ab 18 Jahren, die über die im Grundgesetz verankerte Wehrpflicht hinausgeht, ist rechtlich problematisch. Artikel zwölf der Verfassung verbietet Zwangsarbeit: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“ Weder der frühere Zivildienst noch ein soziales oder ökologisches Jahr stellen nach der Lesart des Bundesverfassungsgerichts eine solche „herkömmliche“ Pflicht dar. Allerdings könnte das Grundgesetz mit Zweidrittelmehrheit des Bundestags so geändert werden, dass es eine allgemeine Dienstpflicht zuließe. Für diesen tiefen Eingriff in die Freiheitsrechte wäre allerdings eine gute verfassungsrechtliche Rechtfertigung erforderlich, allein die Personalnot des Militärs oder der Pflegedienste reichen dafür nicht. Ein weiteres Problem wären internationale Rechtsvorschriften wie die Europäische Menschenrechtskonvention, (...) die hohe Hürden für jegliche Form von Pflichtarbeit aufstellen.

Welt vom 7.8.2018

Wo sollen junge Menschen hin, die im Rahmen einer (sozialen) Dienstpflicht nicht zur Bundeswehr gehen und dann zeitgleich bestimmte Branchen fluten würden?

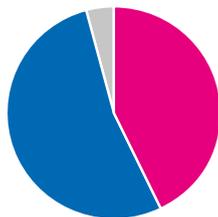
„Ökonomisch gesehen ist das ziemlicher Unfug“, sagt Hilmar Schneider, Chef des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), dazu der *Welt* (7.8.2018). „Die Umdisponierung der jungen Arbeitskräfte führt zu gigantischen Effizienzverlusten in der volkswirtschaftlichen Produktion. Zu Zeiten der Wehrpflicht wurde gerade bei der Bundeswehr sehr viel Zeit vergammelt. Junge Menschen, die in der produktivsten Phase ihres Lebens sind, werden zum Nichtstun verpflichtet.“





„Sind Sie für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht?“

(Antworten von 1.294 Befragten)



ja
nein
weiß nicht

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 10.8.2018

Wie regeln andere europäische Länder die Dienstpflicht?

Eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen gibt es in keinem europäischen Land. Einige Länder halten nach wie vor an der Wehrpflicht fest: Österreich, die Schweiz, Dänemark, Griechenland, Litauen, Estland, Finnland, Zypern und Norwegen (dort seit dem Jahr 2014 auch für Frauen). (...) Deutschland wäre mit der möglichen Wiedereinführung des Wehrdienstes in einer ähnlichen Situation wie Schweden. Im vergangenen Jahr führte das Land die 2010 ausgesetzte Wehrpflicht wieder ein, weil nicht genügend Freiwillige für die Streitkräfte gewonnen werden konnten. Kernstück der Einberufung ist ein Internet-Fragebogen, in dem vor allem der „Grad der Bereitschaft“ erfragt wird, dem Land zu dienen. Auf dieser Grundlage wird aber nur eine geringe Zahl von Rekruten (sowohl Männer als auch Frauen) einberufen. Es handelt sich dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages zufolge um einen „mehr oder weniger freiwilligen“ Wehrdienst nach verpflichtender Musterung. Einen Ersatzdienst gibt es nicht: Wer in Schweden aus Gewissensgründen verweigert, muss keinen Zivildienst leisten.

Welt vom 7.8.2018

Kann die Bundeswehr des Ansturms der Wehr- beziehungsweise Dienstpflichtigen überhaupt Herr werden?

Das befehlen Experten. Sie verweisen darauf, dass der Bundeswehr vor allem Material, Geld und Fachkräfte fehlen. Die Rückkehr zu einem Massenheer von Amateuren würde all diese Mängel nicht beseitigen, sondern höchstwahrscheinlich sogar verstärken. Mehr Freiwillige könnte die Armee nur locken, wenn die Arbeitsbedin-

gungen attraktiver wären etwa durch Panzer, Schiffe und Düsenjäger, die einsatzbereit sind, statt mangels Ersatzteilen im Hangar oder an der Pier zu bleiben. „Und wenn in der Pflege notorischer Fachkräftemangel herrscht, dann müssen auch dort die Löhne und die Wertschätzung sich in Richtung eines Niveaus bewegen, das dieser wertvollen und harten Arbeit besser entspricht. Das kostet Geld. Aber dieses holt sich die Bundesregierung ja schon längst in üppigen Massen von den Bürgern“, bemerkt Peter Rásonyi dazu in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ, 9.8.2018) sarkastisch.

Welche Beschäftigungseffekte hätte eine Dienstpflicht?

„Wenn man mit der Dienstpflicht eine ganze Kohorte, das sind rund 800.000 Menschen, in bestimmte Branchen bringen will, ist es nicht plausibel, dass das keine Effekte auf den Arbeitsmarkt hätte“, warnt Enzo Weber, Leiter des Forschungsbereichs für gesamtwirtschaftliche Analysen am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, in der *Welt* (7.8.2018)

Was werden die Jungen, die sogenannte Generation Z, zur Wehr- oder Dienstpflicht sagen?

„Es ist eine ich-bezogene, ego-orientierte junge Generation, die aber bereit ist, sich einzubringen, wenn sie das Gefühl hat, es bringt auch ihr etwas. Deshalb müsste ein solcher Dienst schon ein Konzept haben, bei dem die jungen Leute sagen: Das ist eine gute Sache, da lassen wir uns drauf ein“, so der Sozial- und Bildungswissenschaftler Klaus Hurrelmann in einem Tageszeitungsinterview. „Sie müssen auch mitgestalten können. Ich denke, ein solches ‚Dienstjahr‘ sollte eher eine Art Trainee-Phase mit starkem beruflichem Bezug sein.“

Empfindet die junge Generation noch so etwas wie Pflichtgefühl dem Staat gegenüber?

„Ich würde sagen: Nein. (...) Es bedeutet nicht, dass die heutige Generation sich nicht beteiligen möchte“, so Hurrelmann im besagtem Interview in der *Welt* (9.8.2018). „Sie sucht allerdings eine Form der Beteiligung, die der Art, wie sie groß geworden sind, gerecht wird: digital, flexibel, frei. Die Umfragen zeigen sehr deutlich, dass das politische Interesse der Generation Z wieder deutlich ansteigt. Wir müssen die Jugendlichen nur abholen.“ Dass in unserer Gesellschaft eine starke, immer weitergehende Individualisierung festzustellen ist, wird auch andere Debattenbeiträge als Argument angeführt. Eine zunehmende, unangenehm spürbare Ich-Bezogenheit registrieren die Kommentatoren. Das mag beim ersten Lesen als eine pauschale Unterstellung erscheinen. Aber nicht wegzudiskutieren ist, dass das frei-

willige gesellschaftliche Engagement an allen Ecken und Ende zurückgeht - und sei es in Form von Geldspenden. Und so tragen immer mehr Bürger wenig bis nichts zum Gemeinwohl bei - außer anerkannt hohe Steuern und Sozialabgaben zu zahlen. Die Ablehnung auch dagegen wächst allerdings mit jedem Euro, den Bund, Länder und Kommunen an Rekordüberschüssen erzielen. Politiker, vorwiegend aus dem linken Parteienspektrum, sind daran übrigens nicht unschuldig, wenn sie den Bürgern vor allem ihre Ansprüche nahebringen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass eine Gesellschaft mehr ist als nur eine Gruppe von mehr oder weniger gut ausgebildeten, nur um sich besorgten Egoisten. Sie lebt von Empathie, Hilfsbereitschaft und Solidarität. Eine ehr- oder Dienstpflicht kann man sicherlich nicht erzwingen. „Aber man kann dazu beitragen, dass junge Menschen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stärker bewusst werden“, bemerkt Andreas Freytag dazu in seiner Kolumne in der *Wirtschaftswoche* (10.8.2018).

Kann ein Orientierungsjahr im Zuge einer Dienstpflicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt dennoch stärken?

Davon zumindest sind viele Kommentatoren in ihren Beiträgen überzeugt. Das Argument dahinter: Demokratie ist keine Einzelveranstaltung, sondern eine Gemeinschaftssache, bei der Menschen ihre Zukunft miteinander gestaltet. Dafür braucht man soziale Wesen, die wissen und erfahren haben, was es heißt, in einer Gruppe zusammen zu leben und sich danach verhalten - und keine Narzissten. Es gilt sich bewusst zu machen, dass nicht ein abstrakter Staat, sondern eine konkrete Gemeinschaft für Dinge wie Gemeinwohl und Schutz zuständig ist. „Ein soziales Pflichtjahr tut den jungen Menschen gut, es tut dem Gemeinwesen gut, es tut dem Land gut. Es ist der Einstieg in die soziale Wirklichkeit, es ist ein Anti-Egoismus-Jahr“, bemerkt dazu Paul Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* (7.8.2018).

Gibt es so etwas wie ein übergeordnetes Interesse des Staates an einer Wehr- beziehungsweise Dienstpflicht?

Die Frage eindeutig zu beantworten, ist schwierig. Am ehesten ist ein staatliches Interesse bei der Wehrpflicht zu begründen. Deutschland muss sich schließlich verteidigen können. Wenn die Wehrfähigkeit unseres Landes nicht anders zu sichern wäre, bekäme die Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht einen neuen Klang. Fragen nach den Kosten und den Folgen für einen erzwungenen Umweg junger Bürger in ihrer Berufsausbildung, wären dann zweitrangig. Fraglich indes ist, ob es mit der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr wirklich so schlecht bestellt ist. Anders sieht es aus in Sachen Sozialdienstpflicht. Hierfür gibt es keinen der



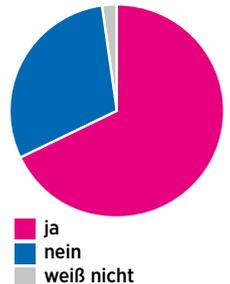
Verteidigung vergleichbaren existentiellen Grund, meint Heike Göbel in einem Kommentar in der *FAZ* (6.8.2018).

Ist eine zwangsweise angeordnete Dienst- oder Wehrpflicht unter diesem Gesichtspunkt politisch zu rechtfertigen?

Die Meinungen darüber gehen auseinander. Einige Beobachter weisen darauf hin, dass die Anreize besser werden müssten, damit sich mehr junge Menschen für den Soldatenberuf, einen Bundesfreiwilligendienst oder ein ehrenamtliches Engagement entscheiden. Dem steht das Argument entgegen, dass es mit der Wehr- oder Dienstpflicht letztlich um die Stärke unserer Demokratie gehe. Dies wäre ein Mittel, um die Risse, die nach fast vier Jahren Migrationskrise in unserer Gesellschaft entstanden sind, zu kitten. „Es wäre die gelebte Wiederherstellung dessen, was immer mehr Deutsche vermissen: das Vertrauen darauf, dass trotz aller Meinungsunterschiede die Bewohner dieses Landes bereit sind, füreinander einzustehen“, so Jochen Bittner in der *Zeit* (9.8.2018). Es gilt, den Blick darauf zu richten, was uns eint als darauf, was uns trennt. Ein Pflichtjahr bei der Bundeswehr oder in sozialen Einrichtungen wäre ein dafür passendes Mittel. Es gleich als Illiberalismus zu bezeichnen, wenn die Regierung aus nachvollziehbaren Gründen die Vision einer neuen Gesellschaft entickelt, ist unredlich. Auf Dauer muss auch das Geben im Fokus stehen, sonst wird die Gesellschaft von ausgehöhlt. „Mit Bürgern, die sich nur als User verstehen und keine Anreize spüren, ihre herkunftsgeprägten Echokammern zu verlassen, ist nicht nur kein Staat zu machen, sondern auch keine Gesellschaft, meint dazu berechtigterweise Daniel Deckers in der *FAZ* (9.8.2018).

„Sind Sie für eine Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht?“

(Antworten von 1.294 Befragten)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 10.8.2018

DEUTLICH FLAGGE ZEIGEN

Der Historiker Fritz Stern, der Deutschland in seiner dunkelsten Stunde verlassen musste, hat uns zu Recht anempfohlen, etwas mehr Dankbarkeit für das Erreichte zu empfinden. Deutschland, so der Historiker Rödiger, verlor zwei Weltkriege, es trieb große Teile seiner Eliten aus dem Land, es wurde geteilt und verlor ein Drittel seines Territoriums. Wir haben Glück gehabt. Das Grundgesetz nach der gescheiterten Weimarer Republik wurde von engagierten Menschen aus demokratischen Parteien gestaltet. Es ist ein grundlegendes internationales Rechtsdokument zur Selbstvergewisserung und eine Visitenkarte ganz ohne imperiales Gehebe. Der damalige Bundespräsident Theodor Heuss antwortet auf die Frage nach seiner eigentlichen Bedeutung, dass endlich die Versöhnung der deutschen politischen und gesellschaftlichen Eliten mit dem parlamentarischen System des Westens zustande gekommen sei.

Gegen sie hatte sich Deutschland lange Zeit gesträubt, seine alten Obsessionen führten geradezu in die Katastrophe. All das, was freiheitliche Gesellschaften ausmacht, galt als undeutsch. Einiges davon blitzt auch noch heute ab und zu auf. Das Unverständnis für Fraktionen, für Parteien, für Auseinandersetzungen in parlamentarischen Debatten. Noch nicht alle Menschen hier in Deutschland haben bis heute begriffen, dass sie zu einer Kultur der Offenheit in einer Zivilgesellschaft gehören. Es gibt Probleme mit der Freiheit, aber sie können nur in Freiheit gelöst werden.

Die so oft verächtlich gemachte Politik hat zur Wiedervereinigung Deutschlands dicke Bretter gebohrt. Von den Verträgen mit

Prag, Warschau und Moskau über die Helsinki-Konferenz, in der auch Menschen in den mittel- und osteuropäischen Diktaturen die Grundrechte auf Freiheit und Menschenwürde von den dortigen Machthabern zugesprochen werden mussten. Hierzulande fand das alles nicht immer Zustimmung. Im Gegenteil. „Vaterlandsverräter“

Die Deutschen sollten etwas mehr Dankbarkeit für das Erreichte empfinden. Dass die früheren sowjetischen Soldaten abgezogen wurden, ohne dass ein einziger Schuss fiel, scheint heutzutage kaum noch der Erwähnung wert. Deutschlands Problem ist sein Erfolg. Es gibt aber keine Nichtverschlechterungsgarantie.

und „Verzichtspolitiker“ waren noch die zurückhaltendsten Bezeichnungen, als wir uns dazu bekannten, dass die Grenzen in Europa anerkannt werden sollten und ihre Überwindung nur friedlich und in Verträgen zustande kommen sollte.

Dass es, beginnend mit der Regierung Brandt/Scheel, noch 20 Jahre dauerte, bis von mutigen ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern die Mauer eingedrückt wurde, bleibt bei vielen außen vor.

Dass der Zwei-plus-Vier-Vertrag in 392 Tagen nach dem Fall der Mauer unterzeichnet wurde von den Siegermächten und den beiden deutschen Staaten und dass zu seinem Vorlauf die vertrauensbil-



dende deutsche Politik in Europa ein solches Vertragswerk überhaupt erst möglich machen konnte, das fällt von heute aus gesehen bedauerlicherweise der Vergesslichkeit allgemeiner Uninteressiertheit anheim. Nachhaltigkeit scheint nur ein Ökospielzeug zu sein. Dass die früheren sowjetischen Soldaten abgezogen wurden, ohne dass auch nur ein einziger Schuss fiel, scheint heutzutage kaum noch der Erwähnung wert. Deutschlands Problem ist sein Erfolg. Es gibt aber keine Nichtverschlechterungsgarantie.

Weltweit findet eine Verteilungsdebatte um Chancen, um Ressourcen, um Macht und Einfluss statt. Jedes Land sucht seinen Platz, ökonomisch, kulturell, politisch und gesellschaftlich. Es gibt prosperierende Gemeinwesen und gescheiterte und scheiternde Newcomer, deren Selbstbewusstsein weit vor ihren Fähigkeiten liegt. Es gibt heutzutage an der Spitze mancher Staaten leider recht viele dumme Jungs, die in ihrem gesamten Auftreten intellektuell gewaltig untertourig fahren.

Es gibt Menschenrechtsverletzer und Warlords, es gibt Potentaten, es gibt eine neue amerikanische Abrissbirne, einen sich aufblasenden Nationalisten in der Türkei, einen chinesischen Führer, der völlig neue Seekarten aufschlägt, einen russischen Präsidenten, der sich an keine Verträge hält, es gibt ein Großbritannien, das glaubt, alleine besser durchzukommen. Es gibt ethnische Binnenzirkusse und Turbulenzen in Ländern, bei denen politische Führung und Gesellschaften selbst nicht gelernt haben, friedlich zusammenzuleben und dass es für Krieg und Gewalt keine vernünftigen Kosten-Nutzen-Relationen mehr gibt.

Albert Einstein bemerkte dazu, dass die Welt nicht nur von denen bedroht wird, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen. Dazu muss sich auch Deutschland Gedanken machen, denn es pflegt eine Art der Zurückhaltung, die eher gesinnungsethisch als verantwortungsethischem Ausdruck findet. Bei allem Verständnis für die Haltung von Bürgerinnen und Bürgern, die in ihrem großen kollektiven Gedächtnis die Katastrophen des letzten Jahrhunderts hautnah erlebt haben: Wegsehen ist kein ethischer Horizont, nur weil man zwölf Jahre zum Falschen Ja gesagt hat. Zivilisatorische Haltung und substanzielle Sicherheitspolitik schließen sich nicht aus.

Es wird Deutschland eine enorme Überwindung kosten, eine solche Einstellung zu entwickeln. Sie ist aber dringend notwendig. Sie ist die Herausforderung für deutsche Außenpolitik nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und der Vereinigung Deutschlands. Deutschland braucht dazu ein gereiftes Verhältnis zu sich selbst. Zu seinen Schwächen, aber auch zu seinen Stärken. Wer sich seiner selbst nicht sicher ist, wer seine Kultur nicht kennt und nicht pflegt und sie nicht mag, der kann im Übrigen auch niemanden integrieren. ●

WOLFGANG GERHARDT ist Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Herausgeber von *liberal*.
@ redaktion@libmag.de

Stunde der Patrioten

Mit ihrem „Leitfaden für aufgeklärte Patrioten“ legt Thea Dorn ein starkes Werk vor, das bestens geeignet ist, die aktuelle Debatte um Heimat, Nation und Leitkultur entscheidend zu bereichern. Die Philosophin und Schriftstellerin findet die richtigen Themen, und dazu auch noch die richtigen Worte. Sie setzt Klugheit gegen Dumpfheit, Klarsichtigkeit gegen Denkblockaden. Sie räumt mit nationalen Besoffenheiten auf, betont aber selbst, durchaus pathetisch, das „geistig-kulturelle Erbe“. Ihr „Bekenntnis zur Nation“ steht „nicht in einem völkisch-ethnischen, sondern in einem verfassungsrechtlichen, sozialsolidarischen und kulturellen Sinn“. „Heimat“ als anderes Wort für „kulturelle Identität“ ist für sie Grundlage des angestrebten „Weltbürgertums“. Sie will „kritische, wache und aufgeklärte Patrioten“ – und sie weiß sich darin einig mit einigen der großen Denker wie Ralf Dahrendorf und in Gegnerschaft zu vielen anderen in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft. „Bekennen wir uns Deutschen also ruhig dazu, Kompliziert zu sein“, schreibt sie. „Und fürchten wir uns, wenn wir merken, dass wir dabei sind, unterkomplex zu werden.“

Lohnende Lektüre! **Thomas Volkmann**

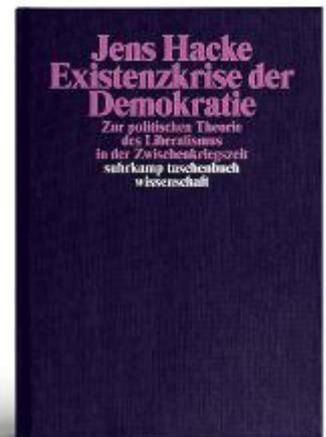


Thea Dorn
deutsch, nicht dumpf,
Albrecht Knaus Verlag,
336 Seiten, 24,00 Euro

BÜCHER

Die Wiederkehr alter Debatten?

Als vor 100 Jahren der Erste Weltkrieg zu Ende ging, gab es auch im besiegten Deutschland durchaus Zukunftshoffnungen: Durchgesetzt hatte sich das liberal-demokratische Verfassungsmodell. Würden die Deutschen dieses übernehmen, so könne es nur bergauf gehen – das war die Überzeugung vieler liberaler Intellektueller. Bekanntlich kam es anders, die liberale Demokratie wurde in Deutschland kein Erfolgsmodell. Das wiederum setzte schon damals unter liberalen Staatswissenschaftlern eine intensive Debatte darüber in Gang, was die Ursachen dafür seien und wie die freiheitliche Republik gegenüber den Angriffen von rechts und links gefestigt werden könne. Die Berliner Habilitationsschrift von Jens Hacke analysiert minutiös diesen Diskurs, an dem neben Liberalen im engeren Sinn auch gemäßigte Konservative sowie revisionistische Sozialdemokraten teilnahmen. Hacke bescheinigt dabei dem Weimarer Liberalismus trotz aller Fehleinschätzungen eine sehr lebendige und fruchtbare Debattenkultur, in der es erstmals gelang, Liberalismus und Demokratie in Einklang zu bringen und zugleich als wirkliche Alternative zu allen autokratischen Staatsformen darzustellen. Das allerdings wurde zumindest in Europa erst nach 1945 Realität. Gerade in einer Zeit, in der viele Träume der Jahre 1989/90 zu zerplatzen scheinen, ist dieses historisch-politikwissenschaftliche, gut lesbare Werk von ungemeiner Aktualität. **Jürgen Frölich**



Jens Hacke
Existenzkrise der Demokratie.
Zur politischen Theorie
des Liberalismus in
der Zwischenkriegszeit,
Suhrkamp,
455 Seiten, 26,80 Euro

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

03. 2018
www.freiheit.org
2,90 EURO



INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

AUS DEM LOT?

Mit Beiträgen von **Alexander Graf Lambsdorff**,
Michael Georg Link und **Karl-Heinz Paqué**

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

liberal bittet Freigeister um ihre Meinung.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



„*liberal* bekennt sich zu Freiheit, Fairness und Fortschritt.“

WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*



„Demokratie ist kein Zustand, sondern eine fortwährende Aufgabe.“

KIRSTIN HÄRTIG
Chefredakteurin

Erscheint 4x im Jahr – auch als kostenfreie APP

Kostenfrei abonnieren



BESTELLUNG AN: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit • **liberal-Aboservice**
Postfach 11 64 • 53729 Sankt Augustin
per Fax: 030/69088102 | per E-Mail: service@freiheit.org

Online-Bestellung: <https://shop.freiheit.org/#Liberal/> oder QR-Code scannen

Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Wir sind vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf.

Die Menschen in unserem Land können viel mehr, als sie manchmal glauben. Das wird besonders deutlich, wenn sich viele zusammentun, um für eine Sache einzustehen. Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für über 50 Millionen Kunden da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So stehen wir mehr als drei Millionen **Mittelständlern** zur Seite. Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will, begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft. Auf die **Zukunft** ist auch die Wirtschaft in unseren **Regionen** vorbereitet, weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und Füreinander-da-Sein bedeutet, unterstützen wir mit über 700 regionalen **Stiftungen** Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft für die Gemeinschaft einsetzen. Und mit mehr als **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus Überzeugung. Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt? Nach vorn! Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen und damit auch den kleinen und großen Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Uns allen wird alles glücken, wenn jeder mitmacht. Warum nicht auch Sie? Erleben Sie, dass Gemeinschaftssinn nicht nur sinnvoll ist, sondern auch glücklich macht – vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm:
www.allemgewachsen.de

Gemeinsam #AllemGewachsen

TEAM



Top Partner

